

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bekanntmachungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereine
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Inserate“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Insetate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Preisprophet: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 1. November 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die regierende Industrie.

Vom Centralverband deutscher Industrieller. Die bedeutendsten Ausgaben dieser Unternehmerverbindung sind, kann man Seite 2 von Nr. 82 der Verläufe desselben ersehen, wozu im Jahre 1898 Einnahme und Ausgabe des Centralverbandes mit 107 871,20 M. abschließen (die einzelnen Posten werden begreiflicherweise nicht mitgeteilt) und ein Bestand von 35 599,10 M. auf das Jahr 1899 vorgetragen wurde. Bei seinem über die Kassenvorwaltung von 1898 erstatteten Bericht hob Herr Dued auch die Verdienste des Herrn Geheimrats Jende zur Befriedigung der an den Centralverband gestellten Ansprüche hervor. Es heißt in seinem Bericht:

„Es ist aber namentlich den Bemühungen des Herrn Geheimrats Jende und der außerordentlichen Opferwilligkeit großer industrieller Verbände, insbesondere der westlichen Syndikate in der Montan- und Eisenindustrie zu danken, daß der Fehlbetrag im Laufe des vergangenen Geschäftsjahrs aufgebracht worden ist, um unsere Mehraufwendungen für ein ganzes Jahr zu decken.“
 Noch einige andre Stellen dieses im März 1899 erschienenen Berichts verdienen Beachtung. Unter den in der Zeit vom 1. Oktober 1898 bis 28. Februar 1899 behandelten Angelegenheiten werden Seite 155 folgende erwähnt:
 „Ein zum Centralverband gehörender Verein hatte beantragt, daß der Centralverband Maßnahmen ergreifen möge, um das Vordringen der Socialdemokratie in der Verwaltung der Krankenkassen zu bekämpfen. Nähere Ausführungen waren dem Antrage nicht beigegeben. Aus sonstigen Kundgebungen des Vereins war aber zu erkennen, daß von ihm folgende Mittel zur Erreichung seines Zweckes ins Auge gefaßt waren. Bekanntlich werden die Beiträge zu den Krankenkassen jetzt zu zwei Dritteln von den Arbeitern und zu einem Drittel von den Arbeitgebern entrichtet und danach ist auch die Zusammenstellung in den Vorständen der Krankenkassen geregelt. Um das Stimmverhältnis in den Vorständen gleichmäßig zu gestalten, sollen in Zukunft auch die Beiträge zur Hälfte von den Arbeitgebern, zur Hälfte von den Arbeitern getragen werden.“
 Die Beamten der Krankenkassen werden jetzt vom Vorstände angestellt, was dahin geführt hat, daß die Anstellung fast lediglich im Sinne der Zweidrittel-Mehrheit der Arbeiter sich vollzieht. Um die Beamten dem Einflusse dieser meist socialdemokratischen Mehrheit zu entziehen, soll das Krankenkassen-Gesetz dahin abgeändert werden, daß die Beamten von der Gemeinde angestellt werden.“

Vorläufig machte das Direktorium des Centralverbandes diesen Antrag zwar noch nicht zu dem seinigen, man wird sich aber erinnern, daß im Sommer d. J. in Nr. 29-31 des „Preussischen Verwaltungsblatts“ der Regierungsrat Dr. Hoffmann, vortragender Rat im Handelsministerium, einen längeren Aufsatz unter dem Titel „Die Abänderungen der Krankenversicherungs-Gesetzes“ veröffentlicht hat, der vollständig denselben Gesichtspunkt und dieselben Bestrebungen vertrat, die oben wiedergegebener Antrag beim Centralverbande erstrebt, Gesichtspunkte, die in der Folge zu den bekannten Vorlagen an die Kassenvorstände führten, ohne allerdings den Beifall der meisten der letzteren zu finden.

Sie haben also hier abermals einen Fall, der zeigt, in welcher innigen Verbindung die Regierung mit der Industrie steht. Die Scharfmacher kommandieren und — die Regierung bringt das Kommando flugs in Gesetzesform. Diesmal ist es nicht das Reichsamt für Socialpolitik, das einen Agitator für die Pläne der Industrie vorschickt, sondern das preussische Gewerbe-Ministerium; nicht die Herren Posadowsky und Boedde, sondern die Briesfeld und Hoffmann treten im vorliegenden Fall in die Erscheinung. Der preussische Minister Briesfeld war ja auch einer der wildesten Verteidiger der Zuchthausvorlage, er sprang todesmutig in die Bresche, als schon nichts mehr zu retten war; er gehört also mit Recht auch auf das Gruppenbild der regierenden Socialreformer im Dienste der Scharfmacher. Ein hübsches vierblättriges Anekdote: Der Minister aus dem Reich mit seinem Geheimrat und der Minister aus Preußen mit seinem Geheimrat — ein Anekdote, das den Socialdemokraten sicherlich Glück bringen muß.

„Die Industrie“ ist — nach diesen Erfahrungen — gar nicht mehr eine Redenregierung, sondern die Regierung der Socialreform.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 31. Oktober.

Die Affaire.
 Nichts Tolleres ist zu erdenken, als die Clownstrolche, die jetzt die Presse der Post-Leibwache vollführt, nachdem Herr Dued erklärt hat, die Angelegenheit habe sich nicht 1898, sondern 1899 abgespielt. Herr Dued selbst präcisirt in dankenswerter Weise seine erste unklare Versicherung in einer neueren Erklärung dahin, daß der von der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichte Brief das Datum „3. August 1899“ trage und daß ein Brief von ihm gleichen oder ähnlichen Inhalts aus dem Jahre 1898 nicht existiert. Es ist abzuwarten, was die „Leipziger Volkszeitung“ darauf antworten wird.
 Was aber thut nun die Post-Presse? Sie stellt sich, als ob man überhaupt gar nichts gefahren sei, daß alles erlogen und gefälscht sei, während es sich doch nur um eine Differenz des Datums handelt. Die „Deutsche Tageszeitung“ heult vor Freude, weil Herr v. Boedde nicht 1898, sondern 1899 die Industrie angebetelt hat!

„Die Blätter, die in einer kaum verständlichen Gedankenlosigkeit oder Schwüchlichkeit die Fälschung, die die „Leipziger Volkszeitung“ oder ihr Hintermann mit der Datierung des Dued'schen Briefes vorgenommen hatte (denn um eine Fälschung kann sich's nur handeln, da die „Leipz. Volkszeitg.“ selbst die Möglichkeit eines Irrtums abgewiesen hat) für bare Münze nahmen und sich so von der Socialdemokratie an der Nase umherführen lassen, sind jetzt unsterblich blamiert.“

Durch diese (die Dued'sche) Veröffentlichung fallen alle Schlussfolgerungen, Andeutungen, Vermutungen und Phantasien, die an die Datumsfälschung geknüpft worden sind, in sich zusammen. Herr Dued hätte ja seine Erklärung eher veröffentlicht als kommen. Wir nehmen ihm aber kein Jögern diesmal nicht übel, weil er dadurch diesen Blättern recht gründlich zu Gemüte geführt hat, wie thöricht und wie schädlich es unter Umständen ist, sich von der Socialdemokratie nachführen zu lassen. Wir geben uns nun auch der Hoffnung hin, daß Herr Dued alles mögliche thun werde, um dem Uebelthäter, der vielleicht auch der Fälscher gewesen ist, auf die Spur zu kommen. Wie wir schwierig kann das eigentlich unseres Erachtens nicht sein. Wie wir bereits mittheilten, handelt es sich nur um einige wenige — wir können uns heute genauer ausdrücken — um drei Adressaten. Jeder von diesen drei Adressaten, die wir kennen, aber vorläufig nicht nennen wollen, hat auch ein rechtliches Interesse daran, daß man der Fälscherei beziehungsweise der Fälschung auf den Grund komme. Derartige Briefe werden gewöhnlich nicht zu den Affen gelegt, sondern sorgfältig aufbewahrt, wenn man nicht vorzieht, sie sofort zu veratmen. Erwägt man alle diese Umstände, so wird man zu unserer Ansicht kommen müssen, daß es nicht schwierig sei, den Fälscher oder mindestens seine Spuren zu entdecken.“

Haltet den Dieb! Wir sehen mit Vergnügen, wie die „Deutsche Tageszeitung“ diesen wackelnden Baumstumpf anwendet: Haltet den Dieb, haltet den Fälscher — darüber soll vergessen werden, daß die Vertrauensleute der Agrarier selbst in der Zuchthausvorlage Fehler- und Fälscherdienste geleistet haben, indem sie zur Agitation für eine angeblich im Interesse der Arbeiter geschaffene Vorlage die widerwärtig geopferten Zinsgelder „der Industrie“ in Anspruch nahmen.

Gerade wenn Herrn Dued's Behauptung richtig ist, ist die Lage des Reichsamts des Innern nicht gebessert, sondern nur verschlimmert; es wird den Agrariern nicht gelingen, durch Haltet-den-Dieb-Ause die Spuren zu verwischen und die Schuldigen zu retten. Aus den Ausführungen der „Deutschen Tageszeitg.“ geht hervor, daß sie glaubt, die „Leipziger Volkszeitung“ könne kein zwingendes Beweismaterial haben, weil der Brief nur an drei Adressaten gerichtet sei. Daher die Auffrischung ihres Muts. Vermuthlich bedauert das Blatt jetzt, daß man überhaupt im ersten Schreck ein Geständnis abgelegt hat.

Nach lauter triumphiert die „Post“, daß „nur“ ein — um mit der „Kölnischen Zeitung“ zu reden — „einspanniges“ Panama nachweisbar wäre und daß es nicht in zwei Fällen möglich sei, den unerkündlichen Beweis für die finanziell-politischen Beziehungen zwischen Regierung und der Scharfmacher-Industrie zu führen. Die „Post“ leitartikelt — für 25 Mark — über die Fälschungsmethode der Socialdemokratie und fährt in dieser Schreib-übung aus:

„Die heberischen Auslassungen, mit denen die Socialdemokratie und in ihrer Suite die gesamte freihändlerische Presse seit der Lesewelt überschütteten, waren also, was uns von Anfang an keinen Augenblick zweifelhaft erschien, eitel Schamtschlägerei. Die unrichtige Datierung fällt der „Leipziger Volkszeitung“ bezw. ihrem Hintermann zur Last, und es kommt für die moralische Bewertung dieser Thatsache nur auf die Frage an, ob ein Irrtum oder eine beabsichtigte Fälschung vorliegt. Offenbar hat die „Leipz. Volkszeitg.“ gar keinen Originalbrief, also kein einigermaßen authentisches Beweisstück, empfangen. Und bei diesem dunklen Hintergrunde wagt es die heberische Presse, einer hohen Reichsstelle die schwersten Beschuldigungen entgegenzuschleudern. Die ganze Beweisführung der Socialdemokratie beruht auf dem falschen Datum, denn nur dann, wenn die 12 000 M. dazu verwendet worden wären, einen Geschenkwurf gewissermaßen zu provozieren, ließ sich gegen die Regierung ein Vorwurf erheben. Daß diese aber angesichts der dem Geschenkwurf gegenüber betriebenen maßlosen Volksverheerung durch die Socialdemokratie von privater Seite ihr zuckende Mittel zur Aufklärung des Volkes benutzte, das hat nicht eine entfernte Ähnlichkeit mit irgend welcher Beamten-Torruption.“

Dieselbe „Post“, die anfangs den Dued-Brief für so schwer belastend hielt, daß sie ihn für apokryph hielt, erklärt jetzt, es sei nichts dabei, wenn das Reichsamt des Innern 12 000 Mark von Krupp und Konjorten erbetelte, um für einen Geschenkwurf zu agitieren. Man ersucht längst nicht mehr über solche beispiellose Verlogenheit des Blatts, das sich den Schwindel und die Fälschung zur einzigen Lebensaufgabe gemacht hat. Man erinnert sich ja, mit welcher Entrüstung und mit welchen Schimpfsworten es die „Post“ abgeleugnet hat, daß der Freizeiter von Jedlig in der „Post“ die Kanal-intrigue journalistisch geleitet hat. Herr von Jedlig gehörte zu unseren Mitarbeitern — schrieb damals die „Post“. Als wir dann durch die Veröffentlichung der Honorarrechnungen den unwiderleglichen Beweis für diese Treibereien des Herrn v. Jedlig führten, da hatte die „Post“ und ihr geheimer Redacteur noch die Stim, Ausreden zu verjagen. Freilich hatte man kein Glück, der Entlarvte wurde mit Schimpf und Schande aus dem Staatsdienst geworfen; die Affaire hatte ihm sein schönes Gehalt gekostet, es sind ihm also mildeindernde Umstände zu bewilligen, wenn er jetzt von einem „gefälschten Brief“ redet, von der „problematischen Briefabschrift irgend welcher obskuren Naturen“, von einem „Gewebe von Intrigue und elter Lüge“, von „Schwindel“ usw. schreibt. Der Mann hat ein Recht darauf, über uns zu geifern, genau so, wie ein überführter Sünder über seine Richter.

Festgehalten aber sei, daß die „Post“ und die ihr gesinnungs- verwandte Presse das Verfahren des Reichsamts des Innern vertheidigt; man würde es also auch richtig finden, wenn die Wölfe das Reichsamt des Innern bezahlte, damit es für ein bequemes Börsen-gesetz agitire.

Die „Kreuzzeitung“ erklärt noch, daß Herr v. Boedde im Jahre 1898 in der fraglichen Zeit auf Urlaub gewesen sei, und die „Berliner Neuesten Nachrichten“ fügen hinzu, daß für den Grafen Posadowsky dasselbe hinsichtlich des Augusts 1899 zuträffe. Man beschäftigt sich also bereits mit Alibi-Belegen. Vor allem soll der Zehn- (Zoll-) Markgraf gerettet werden.

Durch die beiden Erklärungen des Herrn Dued ist nunmehr die Echtheit des Briefes allseitig zugestanden. Herr v. Boedde hat an die Industrie das „etwas eigentümliche“ Verlangen gestellt, 12 000 M. zu der Agitation des Reichsamts des Innern für die Zuchthausvorlage herzugeben. Es wird sich zeigen, auf wessen Seite der Irrtum bezüglich des Datums begangen worden ist.

Für die Beurteilung des Falls genügen vollständig die Dued-Boedde'schen Ausführungen, die bis zur finanziellen Hilfeleistung gediehene Intimität zwischen den Scharfmachern und der Industrie ist für alle Zeiten festgesetzt und wird niemals vergessen werden. Das ist das elende Panama der Socialreform, selbst wenn es „nur“ ein „einspanniges“ Panama sein sollte. —

Die Preßfonds.

Der Zuchthaus-„Agitations“-Zuschuß, den Herr Dued dem geldverlegenen Ministerialdirektor des Reichsamts des Innern in die Hand drückte, ist nicht bloß kennzeichnend für die duz-brüderlichen Beziehungen, die zwischen der Reichs-Socialreform und dem industriellen Groß-Ausbeutertum bestehen, sondern auch für die innigen Verbindungen, die wieder zwischen Regierung und offiziöser Presse angeknüpft worden sind. Nach dem Tausch-Prozeß hieß es bekanntlich, daß nun der Verkehr der Regierung mit der officiösen Presse auf ein Minimum beschränkt werden solle; die schamvolle Regelung scheint aber nicht lange vorgehalten zu haben. Heute ist die Verbindung zwischen Regierung und Presse wieder so innig, daß der Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern als Vermittler zwischen industriellem Interesse und officiöser Presse auftritt und — nach amtlichem Beständnis! — diese um ein Ausbeutertrinkgeld Schundschriften gegen die Arbeiterbewegung verbreiten läßt. Wenn der Hülse'sche Schriftensfund mit zwölftausend Mark bezahlt wurde — der Ministerialdirektor behauptet ja, die Beläge zu haben —, wie hoch mögen dann erst die Summen sein, mit denen aus den Geldern socialdemokratischer Steuerzahler die heberische Bekämpfung der Socialdemokratie bestritten wird!

Fürst Bismarck's Regierung wirtschaftete mit dem Welfenfonds. Das sequestrirte Familienvermögen der Welfen sollte ja allerdings nur verwendet werden zu „Maßregeln zur Ueberwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg und seiner Agenten“, in dessen hat Bismarck hernach diesem Begriff eine Auslegung gegeben; daß nicht nur die Kreaturen der Bismarck'schen Reptilienpresse sich von dem Fonds nähren konnten, sondern auch die bankrotten Schwiegerväter damit vor dem Strafgericht gerettet wurden. Am 10. April 1892 ist nun die Beschlagnahme des Welfenfonds aufgehoben worden, aber die Regierung kam dadurch nicht in Verlegenheit. Sie ließ dem Auswärtigen Amt den Fonds „zu geheimen Ausgaben“ von 50 000 Mark auf das Zehnstück, 500 000 Mark, erhöhen und der Etat des Auswärtigen Amts, der sonst zu jedem Ausgabeartikel lange Randbemerkungen bringt, schweigt sich über die Verwendung dieser Summe mit einer Gründlichkeit aus, die alles zu denken übrig läßt. 1895-96 ist dann eine Summe von 120 000 M. im Etat des preussischen Ministeriums des Innern, ein Geheimfonds für „allgemeine Polizeizwecke“, auf 200 000 M. erhöht worden. Auch besitzt das preussische Staatsministerium in einem Geheimfonds 93 000 M. zu „allgemeinen politischen Zwecken“ und außerdem verfügt noch das Kriegsministerium und das Reichs-Marineamt über beträchtliche Summen. So stehen der Regierung alljährlich direkt wohl über 800 000 M. zur Verfügung, die sie jahraus jahrein zu erheblichem Teil zur Subventionierung der ihr willfährigen Presse verwendet. Denn, so sagte Herr Herrfurth seiner Zeit im Abgeordnetenhaus, die Regierung müsse sich der Presse bedienen, „damit dieselbe nicht ausschließlich in den Dienst der Opposition trete“. Und dieses Schiedbedienen der Presse hat sich mittlerweile wieder zu einer vollständigen Subventionierung der dienwilligen Presse ausgebildet. Die einen werden befriedigt mit den berühmten „Informationen“, das große Heer der kriechenden Kreisblatt-Verleger erhält mit amtlichen Inseraten das Maul gestopft oder bekommt amtliche Druckerarbeiten. Wieder andern wird vielleicht der Redacteur bezahlt. Die Menge der Mittelpersonen aber zwischen der Regierung und den Blättern im Lande wollen meistens das Geld sehen, sie wollen im großen verdienen und für sie ist ein solcher Auftrag wie den, den der „verdiente“ Herr Hülle mit den 12 000 Mark für Schund-Druckfachen bekommen hat, wohl nur ein gewöhnliches Geschäft.

Die Maschinenriehe des officiösen Preßwesens hat in letzter Zeit noch eine erhebliche Ausdehnung erfahren. Die aufdringliche Reflektoren, welche für die letzte Marinevermehrung gemacht worden ist, hat das genügend gezeigt. Es ist dann aber auch nicht verwunderlich, wenn man

mit den für diese Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln aus dem geheimen Fonds nicht mehr auskömmlich.
Die Geschichte der 12000 M. ist ein Stück deutscher Korruption, welches eng zusammenhängt mit der Korruption der deutschen Presse durch das Offizientum.

Deutsches Reich.

Sonnen-Gruel.

Der „Dremer Bürger-Zeitung“ wurde nachfolgender Soldaten-Brief aus Peking übergeben:

28. August 1900.

Heute wurden wir plötzlich vom Mittagmahl gerissen. Wir mußten deutschen Matrosen zu Hilfe eilen. Wir nahmen 18 Chinesen gefangen, banden sie mit den Händen zusammen und nahmen sie in unsere Mitte. Und so mußten sie mit. Nun hieben einige rohe Burschen unbarbarisch darauf los, daß das Blut aus dem ganzen Körper hervorquoll. Schrecklich war das. Ich stand gerade Pforten vor den Gefangenen, beteiligte mich aber nicht daran, denn so eine Nothet würde ich nicht verantworten können. Nach dem Essen wurden sie alle zum Tode verurteilt durch Erschießen, wozu auch ich kommandiert war. Als sie zur Richtstätte marschierten, liefen zwei weg. Nicht ganz junge Chinesen blieben am Leben. Die anderen 68 Stück wurden erschossen, wozu auch ich kommandiert war. Bis fünfzehn Schritt mußten wir uns aufstellen, vier Mann vor einen Chinesen und auf Legant war alles ein Gewinsel um Gnade. Aber da kam das „Generel“ Da war alles aus. Wir hörten nur noch ein Stöhnen und Wehnen, denn jeder war von vier Kugeln durchbohrt worden und sie fielen rückwärts ins Grab, welches sie vorher selber graben mußten. So endeten die 68 Chinesen. Und dieser Sonntag — der 28. August 1900 in Peking — wird mir unvergesslich bleiben. Ihr werdet auch wohl schon in der Zeitung gelesen haben, die 4. und 2. Compagnie, durch die sie erschossen wurden. Um 8 Uhr wurden sie erschossen, also gerade die Nacht von Sonnabend auf Sonntag, als Ihr im Bette lagt und schliefet.

Ein weiterer Brief ähnlichen Inhalts, mit Bleistift auf rotem Chinesischen Einschlagpapier geschrieben, wird von der Halberstädter „Volls-Zeitung“ veröffentlicht:

Vor Peking, den 1./9. 1900.

Liebe Mutter!

Es sind nun bereits 10 Wochen her und noch habt Ihr keine Nachricht von mir; heute jedoch haben wir einmal Ruhe, und somit werde ich an Euch denken. Einen besseren Brief kann ich Euch leider heute nicht schreiben, da uns das dazu nötige Material mangelt; nicht einmal dabei zu sitzen ist uns vergönnt, sondern wir müssen dabei liegen, dazu regnet es, was vom Himmel herunter fällt. Wir lagern in einem Weisfeld und zwar vor Peking. Wie es uns so ungesähr ergeht, könnt Ihr Euch nicht denken vorstellen. Da wir unsere Proviantwagen infolge der miserablen unwegsamen Gegend nicht bei uns behalten können, so müssen wir schwachen und darben; so daß wir alle abgemagert sind, wie die hölzernen Götter. Liebe Mutter, wir bleiben hier noch vorläufig liegen und wenn die Kaiserin durchaus keinen Frieden haben will, heißt es, dann soll weiter gekriegt werden und wenn es Jahre dauert, oder die Chinesen gänzlich vertrieben würden. Bisher bin ich weder verwundet noch sonst krank gewesen, liebe Mutter, abgesehen von einem kleinen Unfall, wo ich in einen Graben gestürzt war, dessen Folge ein längeres Zahnen beim Marschieren war, welches allerdings nicht so ganz schmerzlos abging. Wie es hier jetzt während des Krieges zugeht, liebe Mutter, ist mir unmöglich zu beschreiben, denn so ein Gemorde und Geschlachte ist geradezu toll, was daher kommen soll, weil die Chinesen außerhalb des Völkerrechts stehen, weshalb auch keine gefangen genommen werden, sondern alles wird erschossen, oder um die Patronen zu sparen, sogar erstochen. Am Sonntag, nachmittags haben wir 74 Gefangene mit dem Bajonett erschossen müssen. Letztere hatten eine Patronenlade von uns erschossen, worauf das ganze Bataillon zur Verfolgung alarmiert wurde, bei der uns belagte 74 Mann lebend in die Hände fielen. Es war grauam und nicht zu schildern, wie es der Wirklichkeit entsprach. Laß mich schliefen in der Hoffnung, daß es nicht mehr so lange dauert, denn sonst weiß man schließlich nicht mehr, oder vielmehr man vergißt es, ob man einmal Mensch war.

Mit bestem Gruß

Dein Sohn M. . . .

Besten Gruß an alle Geschwister und Bekannten.

Es fehlt das Wort zur Brandmarlung dieser Zustände. Die Kultur verhält das Haupt und wendet sich voll Entsetzen von diesen Szenen deutschen Humenentums. —

Der Etat des Reichsamts des Innern für das Rechnungsjahr 1901 ist dem Bundesrat zugegangen. Die Einnahmen belaufen sich auf 7518 585 M. Sie fließen vornehmlich aus den Gebühren vom Patentamt. Die fortbauenden Ausgaben betragen 54 482 941 M., die einmaligen Ausgaben 5 112 500 M. Im Extraordinarium sind folgende Positionen hervorzuheben: Zur Beteiligung des Reichs an der internationalen Erforschung der nördlichen Meere im Interesse der Seefischer werden 120 000 M. gefordert. — Zur Errichtung zweier Flaggenschiffe an Nationaldenkmal auf dem Niederwald 42 000 M. (Sehr überflüssige Ausgabe! Die Redaktion.) — Zur Förderung der Ausbildung von Schiffsjungen werden 30 000 M. gefordert; zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs durch Gewährung von Beihilfen an Private sowie an gemeinnützige Unternehmungen (Bauvereine, Baugenossenschaften, Baugesellschaften u. dgl.) sind 2 Mill. Mark angelegt. Endlich als Beitrag des Reichs zu den Kosten des Ausbaus der Hofkönigsburg eine erste Rate von 150 000 M. (Wie kann man die Steuerzahler für diesen privaten Van heranziehen? D. Red.)

Prinz Arenberg, der Nordheld von Deutsch-Südwestafrika, soll — so berichten einige Blätter — nunmehr vom Militärgericht abgeurteilt worden sein und zwar sei er zu 18 Jahren Festungsarrest verurteilt.

Die Nachricht ist offenbar falsch. Erstens kann auf eine Freiheitsstrafe, wenn sie nicht eine lebenslängliche ist, nicht über 15 Jahre erkannt werden. Zweitens kann ein Mörder unmöglich zu der milderen Festungshaft verurteilt werden.

Uebrigens sollten doch jetzt die Fabeln über die Beendigung des Arenberg-Prozesses aufhören. Es ist kein Grund zu erkennen, warum dieser Prozeß jetzt nicht in öffentlicher Gerichtsverhandlung zu Ende geführt werden sollte. —

Die Despotie der Scharfmacher. Der „Voss. Zeitg.“ wird aus industriellen Kreisen geschrieben:

„Das Verhältnis der Regierung zu dem Centralverband“ ist in weiten Kreisen der Industrie seit langen Jahren Gegenstand lebhafter Besprechungen. Der sogenannte „Centralverband“ wird durch eine Gruppe von Industriellen gebildet, in der vorzugsweise eine Anzahl reicher Firmen der Eisen- und der Textilindustrie vertreten ist,

die mit Hilfe ihrer Presse von Her für die Erlangung möglichst hoher Schutzzölle gekämpft haben. Als vor drei Jahren die Regierung sich mit dem Gedanken beschäftigte, vorbereitende Schritte für die Erneuerung der Handelsverträge zu treffen und insbesondere eine Revision des deutschen Zolltarifs in die Wege zu leiten, drängte sich der „Centralverband“ an den Grafen v. Posadowsky mit dem Vorschlag zur Einberufung eines Wirtschaftlichen Ausschusses heran, zu dem neben dem Deutschen Landwirtschaftsverband und dem Deutschen Handelsstag auch der Centralverband deutscher Industrieller je fünf Mitglieder präsentieren sollte. Die Regierung ging trotz des lebhaften Widerspruchs, der aus andren Kreisen der Industrie hiergegen erhoben wurde, auf diesen Vorschlag ein und räumte jener privaten Vereinigung dieselben Rechte bezüglich der Vertretung der Industrie ein wie dem Landwirtschaftsrat und dem Handelsstag bezüglich der Vertretung von Landwirtschaft und Handel. Ueberdies erhielt der „Centralverband“ noch die Zusage, daß außer den von ihm präsentierten fünf Mitgliedern unter den vom Reichszentralverband benannten Personen sich zwei weitere Mitglieder des „Centralverbands“ befinden sollten. Auf diese Weise war der schützamerikanischen Gruppe der Industrie im Verein mit den Vertretern der Landwirtschaft von vornherein eine Mehrheit im Wirtschaftlichen Ausschuss gesichert, und daß sie diesen Umstand bei der Beratung der Zollvorlage in angedeuteter Weise auszunutzen sucht, wird zur Genüge durch das bestätigt, was bisher darüber in die Öffentlichkeit gelangt ist. Diesen Thatfachen gegenüber erscheint es einigermassen unbanbar, wenn Herr Bued die Forderung der Regierung, einen Beitrag zu Agitationszwecken für einen vom Centralverband lebhaft unterstützten Gesetzentwurf zu leisten, „eigentlich“ findet, auch wenn er „aus naheliegenden Gründen“ es nicht für zweckmäßig erachtet, das Verlangen zurückzuweisen.

Nachdem sich das Reichsamt des Innern in die finanzielle Abhängigkeit von dem Centralverband begeben hat, ist es nur natürlich, daß dieser Gegenleistungen verlangt.

Eine Beschränkung der Arbeitszeit in Bleifabriken wird, wie die „Berliner Politischen Nachrichten“ mitteilen, regierungsgewärtig in Erwägung gezogen. Aus dem Stadium der Erwägung wird die Sache wohl aber kaum herauskommen, denn natürlich befürchten, wie der Offiziosus weiter zu berichten weiß, die Unternehmer, die man befragt hat, eine Schädigung der Betriebe und für die Arbeiter keine Besserung der Zustände.

Hat man schon Unternehmer gesehen, die in solchem Falle freudig ihre Zustimmung gegeben hätten?

Man frage doch einmal die beteiligten Arbeiter, wie die über die Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen denken. —

Dem Landtag von Sachsen-Weimar werden nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen angehören: 1 Konservativer, 1 National-liberaler, 5 Freisinnige und 2 Socialdemokraten. —

Akaki-Beleidigung. Dem „Kleinen Journal“ hat unsere Rolke-Chronik nicht gefallen und es meint:

„Das ist wirkliches Hunnenium und gegen diese Hunnen sollen sich die Kulturbilder Europas zusammenschließen, um es in einer Entscheidungsschlacht auf den totalaunischen Feldern zu vernichten.“

Nachdem den deutschen Kulturträgern in China als Ehrenname der Hunnen-Zitel gewährt worden ist, beleidigt Leon Leipziger das gesamte Akakium, wenn er dieser Auszeichnung gleichermassen aus vaterlandslose Gefellen für würdig hält. —

Gegen den Militarismus. Aus Stuttgart bringt das B. Z. B. folgende etwas dunkle Meldung vom Mittwoch:

In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten machte Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Mittnacht Mitteilung über die Verfall der Verträge; die Kammer nahm hierauf mit 60 gegen 9 Stimmen einen Antrag an, in welchem die Regierung aufgefordert wird, die erforderlichen Schritte zu thun, um den Anspruch Württembergs auf Erparnisse beim Militärstat zur Geltung zu bringen.

Man wird den ausführlichen Verhandlungsbericht abwarten müssen, um zu sehen, um was es sich im besonderen handelt.

Ausland.

Eine proletarische Friedenskundgebung.

Paris, 29. Oktober.

In der Pariser Arbeitsbörse fand gestern eine erhebende Friedenskundgebung englischer und französischer Proletarier statt — eine kräftige Antwort auf die gegenwärtige Lage der französischen Chauvinisten und der englischen Jingo's. Um dieser Lage entgegenzutreten, hatten die Vertreter des organisierten englischen Proletariats die Uebersendung einer Friedensadresse an die Vertreter der organisierten französischen Arbeiter beschlossen. Die Adresse ist von 200 Beamten der Gewerksvereine, Arbeiterdeputierten des englischen Parlaments, dem Generalsekretär des englischen Genossenschaftsverbandes, der 1800 Genossenschaften mit nahezu zwei Millionen Mitgliedern vereinigt, sowie von zahlreichen proletarischen Gemeinderatsmitgliedern und Friedensrichtern unterzeichnet. Die englische Abordnung, die die Adresse überreichte, zählte 27 Mitglieder, darunter William Picles, Generalsekretär der Gewerksvereine und Vorsitzender des letzten Gewerksvereins-Kongresses, Georges Barnes, Generalsekretär des Maschinenbauer-Verbands und Leiter des Maschinenbauer-Streiks von 1897, Richard Bell, Sekretär des Gewerksvereins der Eisenbahner und neuergewähltes Parlamentsmitglied, Gray, Generalsekretär des Genossenschafts-Verbands, John Wilson, Sekretär des Bergarbeiter-Gewerksvereins von Durham, Randal Cremer, neugewählter Abgeordneter von Shoreham, Herbert Burrows, Sekretär des Hindholzarbeiter-Gewerksvereins von London und Mitglied der Socialdemokratischen Föderation, Appleton, Spinnenarbeiter-Rottingham, Francis Chandler, Zimmerleute und Tischler-Manchester, Chapman, Säuhmacher-London, Allen Gee, Weber und Spinner-Huddersfield, Radonald, Trades-Councils (Gewerkschaftsleiter)-London, Turner, Weber und Trades-Council von Yorkshire, u. a.

Die Kundgebung nahm einen imposanten Verlauf. Die große Halle der Arbeitsbörse, geschmückt mit Fahnen aller Nationen und mit mächtigen roten Bannern, war schon vor der angefügten Zeit zum Erdräden voll. Die später Bekommenen mußten in den Nebensälen und den Wandelgängen stehen. Und zwar wurden in den Saal nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zugelassen, um der Kundgebung ihren eignen Charakter zu wahren. Von französischer Seite wurden als Redner vorgesehen, außer den Vertretern der Pariser Gewerkschaften, die Genossen Jaurès und Vaillant in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des vom Pariser Internationalen Socialistischen Kongress geschaffenen Internationalen Bureaus.

Zunächst begrüßte R. Baum's namens der Verwaltungskommission der Arbeitsbörse die englische Abordnung in einer Ansprache, die auf den Klassenkampf des Militarismus und der Kriege hinwies und mit dem Rufe schloß: „Nieder mit dem Krieg! Hoch die Internationale der Arbeiter.“ Der Ruf wurde von der ganzen Versammlung mit Begeisterung aufgenommen, wie überhaupt alle Ansprachen immer wieder einmütigen Beifall entzestelten.

Vorher noch wurde die englische Abordnung, als sie auf der Tribüne Platz nahm, von einer socialistischen Musikkapelle mit der „Internationalen“ begrüßt, die zugleich von der Versammlung im Chor gesungen wurde.

Die Friedensadresse verlas William Picles. Sie ist betitelt: „An die Arbeiter Frankreichs die Arbeiter

Englands!“ Mit Rücksicht auf den Raum geben wir nur ihren wesentlichen Inhalt wieder. Sie beginnt mit der Kennzeichnung der Macht der kapitalistischen Presse, die von „gestimmungs- und skrupellosen Kapitalisten“ dazu gebraucht wird, um in Frankreich und in England chauvinistische Leidenschaften zu entfachen. Das Geschrei dieser Presse werde mit Unrecht bisweilen für die Stimme des Volks gehalten, während die Massen weder in Frankreich noch in England den geringsten Grund haben, einander zu hassen, und den geringsten Wunsch, einander irgendwelchen Schäden zuzufügen. Verdächtigungen und Unbeliblichkeiten schaden stets den Arbeitern, deren Interessen stets am besten durch Eintracht und Frieden gebietet ist. Unsere Interessen sind also die gleichen. Ein Krieg zwischen Frankreich und England wäre der Ruin der Industrie beider Länder. Euer Handel und der unsrige würden sofort andren Ländern zufließen, die den größten Teil davon endgültig behalten würden. . . . Sodann wurden die Vorteile des Kriegs für die Finanzleute und dessen Nachteile für die Arbeiter betont. Aus allen diesen Gründen werden die französischen Arbeiter aufgefordert, Hand in Hand mit den englischen die Feyer der Chauvinisten und Jingo's zu bezeichnen und darauf zu dringen, daß im Notfall jeder Konflikt durch das von der „großen Haager Konferenz“ geschaffene Schiedsgericht geschlichtet werde. Die Adresse schließt mit den Worten: „Arbeiter! Der Augenblick ist gekommen, wo wir im Interesse der Menschheit Schulter an Schulter marschieren müssen, indem wir verkündigen, daß der Friede das höchste Interesse der Arbeit ist.“

Außer Picles sprachen noch die sechs oben zunächst genannten englischen Vertreter, von denen nur Herbert Burrows über den Inhalt der Adresse hinausging, um die Kriegs- und Friedensfrage vom socialistischen Standpunkte aus zu beleuchten: als Socialist denke er, daß nur die Abschaffung des kapitalistischen Regimes dem Militarismus und dem Krieg ein Ende machen könne. Er schloß mit einem Appell an die Arbeiter aller Länder, sich zum Kampfe gegen Kapitalismus und Militarismus zu vereinigen.

Im gleichen Sinne wie Burrows sprachen mehrere französische Gewerkschaftsredner und mit besonderem Nachdruck die Genossen Jaurès und Vaillant.

Nach der Kundgebung fand ein Bankett statt, auf welchem die englischen und französischen Vertreter herzliche Ansprachen wechselten.

Frankreich.

Waldeck-Rousseaus Rede.

Paris, 30. Oktober.

Selten hat eine Rede so viel Linte fliegen lassen, ehe sie gehalten wurde, wie die nunmehr endlich gehaltene L'oulois-Rede des Ministerpräsidenten. Man erwartete von allen Seiten so oder anders „entscheidende“ Worte aus dem seit langer Zeit schweigsamen Munde Waldeck-Rousseaus. Nach der jüngsten Rede Millerands in Lens, wo der Handelsminister sein sociallistisches Bekenntnis wiederholt und ein immerhin lähnes socialreformatorisches Programm entworfen hatte, war man neugierig zu hören, was der Ministerpräsident zu sagen für gut finden wird. Andererseits hatte Parichou, der von Meline halb und halb abgefallene Staatsmännische Streber, sich in einer Uebrede von neuem auf die socialistische Gefahr besonnen und den Ministerpräsidenten namens der Bourgeoisrepublikaner zur Desavouierung der Millerandischen Rede bezw. des Socialismus aufgefordert.

Nun hat Waldeck-Rousseau geredet und — beide Seiten enttäuscht: die Bourgeoisrepublikaner und die ministerfreundlichen Socialisten. Jenen hat er bloß einen mageren Knochen hingeworfen mit der Erklärung, daß die „staatliche Umwandlung des Privatgenutms in Kollektivgenutm keinen Teil des ministeriellen Programms bilde“. — „Nun das hätte noch gefehlt!“ ruft der „Temps“, das Organ des sozusagen „linken“ Flügels der Bourgeoisrepublikaner, recht mißmutig aus. Dagegen ist er die Antwort auf Parichous Herausforderung schuldig geblieben. Er fand kein Wort zur Erklärung der Thatfache, daß er auch noch jetzt, wo doch nach seinen eignen selbstbewußten Ausführungen die politische Situation wieder durchaus normal geworden ist, mit Hilfe eines Socialisten regieren zu müssen glaubt. Die Verschweigung ist freilich nur allzu sprechend: Waldeck-Rousseau will es weder mit der äußersten Linken, noch mit der äußersten Rechten seiner Mehrheit verderben, was aber das beste Mittel ist, es mit beiden zu verderben. . . .

Die Fortdauer der außergewöhnlichen ministeriellen Kombination erscheint nach der L'oulois-Rede desto unbegreiflicher, als das von Waldeck-Rousseau wieder einmal entworfene gesetzliche Programm auch den Mut jedes beliebigen und gewöhnlichen radikalen Ministeriums keineswegs übersteigen würde. Der Kampf gegen die Kongregationen? Die Radikalen „kämpfen“ ja von jeher — in Fest-, Wahl- und auch Parlamentsreden — gegen dieselben. Und ebenso bilden die paar andren L'oulois-Reformversprechen, die Steuerreform und Alterspensionen für Arbeiter, einen altbewährten Bestandteil der radikalen und sogar bourgeoisrepublikanischen Versprechungen. Hingegen vermüht man in dem „unmittelbaren“ Programm von L'oulois nicht nur jede Andeutung auf die von Millerand in Aussicht gestellten Reformentwürfe, sondern auch auf die Reform der Militärjustiz, die schon vor einem Jahre unter dem Kriegeminister Galliffet eingebracht und deren Auferstehung in neuer Form jüngst vom Kriegsministerium aus angelündigt wurde. Schließlich fehlt im „unmittelbaren“ Programm auch der vom Finanzminister bereits ausgearbeitete Einkommensteuer-Entwurf.

Doch Waldeck-Rousseau wird sich mit erfahrungsluger Selbstbeschränkung begnügen haben, daß es schon ein echtes Weltwunder wäre, wenn die drei ergrauten Reformentwürfe bis zum Schluß der Legislatur (Frühjahr 1902) Gesetz würden. . . .

In der langen Rede findet man nur einen Gedanken, der über das gewöhnliche Niveau der Bourgeoispolitik sich erhebt: die Erkenntnis, daß die wiederkehrenden Krisen der dritten Republik den hartnäckig verratenen Reformprogrammen ihren Ursprung mit verdanken. Desjo erklärlicher aber ist es, daß Waldeck-Rousseau aus dieser Erkenntnis nicht die nötigen Konsequenzen gezogen. Ja, auch der kühnste französische Bourgeoispolitiker scheint glücklich und endgültig in das Normalgeleise der bourgeoisen Ohnmacht eingelenkt zu sein. —

Spanien.

In karlistischen Kreisen wird erklärt, Don Carlos siehe der Bewegung in Katalonien vollkommen fremd gegenüber. Die Führer werden geladelt, weil sie die Bewegung, die zu nichts führen könne, so unbesonnen ins Leben gerufen hätten. Die Karlistenbande in Berga besteht aus 300 Mann, sie wird von zwei Bataillonen Jägern lehaft verfolgt. Eine Schwadron von dem in Alcalá Genares bei Madrid garnisonierenden Kavallerie-Regiment hat Befehl erhalten, nach Katalonien abzugehen. — Das Blatt „Liberal“ sagt, wenn heute ernste Nachrichten aus Katalonien eingehen sollten, würde die Regierung die „konstitutionellen Garantien“ in ganz Spanien suspendieren. —

Amerika.

Balparaiso, 30. Oktober. Das chilenische Kabinett ist wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Präsidenten in der letzten Nacht zurückgetreten. —

Partei-Nachrichten.

Genosse Albert Schmidt, der Redacteur unseres Magdeburger Partei-Organs, hatte am 30. Oktober von seiner Strafe ein Jahr verbüßt. Am 29. September wurde Schmidt wegen Majestätsbeleidigung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, am 25. Oktober entließ man den in gleicher Sache zu 4 Jahren Gefängnis unrecht-

mäßig beurteilten Redacteur Müller aus dem Gefängnis Gommern, am 30. Oktober nahm Schmidt seinen Platz dortselbst ein. Was er mit seiner Selbstbeziehung bezweckte, hatte er erreicht: Der unschuldig zu schwerer Strafe verurteilte Genosse Müller war aus dem Gefängnis befreit. Jetzt befindet sich Schmidt nicht mehr in Gommern. Bauliche Veränderungen, welche dort vorgenommen wurden, machten seine Ueberführung nach Halle notwendig, wo er gegenwärtig mit dem Redacteur Thiele vom Halle'schen Parteiblatt den Aufenthalt im Gefängnis teilt. Der Gesundheitszustand des Genossen Schmidt ist in den Umständen nach befriedigender, so daß zu hoffen ist, er werde auch die zwei Jahre seiner Strafe, die ihm noch bevorstehen, überwinden, ohne Schaden an seiner Gesundheit zu nehmen.

Die Socialdemokratie Vanguard zu Brisbane in Queensland (Australien) sendet den deutschen Genossen ihren brüderlichen Gruß und ihre tiefe Teilnahme wegen des großen und unerlöschlichen Verlustes, der sowohl sie wie die Socialdemokratie aller Länder durch den Tod ihres Kampfgenossen Wilhelm Liebnicht getroffen hat. Aber obgleich tot, wird das edle und selbstlose Leben des Verstorbenen ein leuchtendes Beispiel sein für künftige Generationen und diese anzuern, in die Fußstapfen desjenigen zu treten, der ein Vorkämpfer für alle war.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Militär-Schneider! Bei der Firma Wittmer in Rassel befinden sich sämtliche Uniform-Schneider im Ausstand. Da dieselbe beabsichtigt, Arbeitskräfte aus Berlin heranzuziehen, ersuchen wir die Kollegen, sich solidarisches und Arbeitsangebot jener Firma zurückzuweisen. Die Ortsverwaltung des Verbands deutscher Schneider.

Den Arbeitern der Berliner Mörstelwerke war am vorigen Sonnabend seitens der Betriebsleitung angekündigt worden, daß von dieser Woche ab infolge der eingetretenen Geschäftslage nur mehr ein Stundenlohn von 35 Pf. statt 40 Pf. bezahlt werden könne. Darauf hin legten die Arbeiter am Montag, den 20. d. M., morgens die Arbeit nieder. Die Arbeiter der Mörstelwerke erklärten sich mit ihren Arbeitskollegen solidarisch und stellten gleichfalls die Arbeit ein. Die Zahl der Streikenden betrug danach etwa 450 Mann, welche sämtlich dem Centralverbande der Handels-, Transport und Verkehrsarbeiter als Mitglieder angehören. Die Organisation setzte sich sofort mit dem Direktor der Mörstelwerke in Verbindung und ihrem Vertreter gelang es, die Betriebsleitung zur Zurücknahme der Lohnreduzierung zu bewegen. Daraufhin wurde Dienstagmittag unter der weiteren Bedingung, daß Maßregelungen nicht stattfinden dürfen, die Arbeit wieder aufgenommen. Dieser Erfolg ist lediglich der Solidarität der Arbeiter und der Organisation zuzuschreiben.

Deutsches Reich.

Sachsen hält den Record. Ueber die Zustände im preussischen Eisenbahndienst sind wiederholt Mitteilungen an die Öffentlichkeit gedrungen, welche eigentümliche Schlaglichter auf die bespottete Aufregebarkeit derselben warfen. Wir erinnern nur an die jüngsten Mitteilungen aus Magdeburg. Der 16 stündige Normal-Arbeitstag im Reichs Eisenbahn wird aber von den Verhältnissen auf der sächsischen Staatsbahn noch in den Schatten gestellt. Der Dienstplan in Dresden-Friedrichstadt vom 24. September enthält u. a. auch folgende Anweisung: „Bremser E. fährt mit Personenzug 1024 11¹⁵ nach Chemnitz und holt den Güterzug 5071. Er trifft am 12. Tag 14¹⁵ nachmittags in Dresden wieder ein. (Das sind 14 — vierzehn! — Stunden Dienst). Dann hat er von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens Schlepplüge zu fahren.“ Damit hat Herr v. Kirchbach den preussischen Eisenbahnminister ganz bedeutend übertrumpft. Daß die Ueberlastung des Personals nicht bereinigt daselbst, weist der „Bedarf“ mittels des Dienstplans einer Güterzugskolonie in Chemnitz nach. Es wird festgestellt, daß in 39 Tagen auf den Mann 526 Arbeitsstunden kommen. Rechnet man noch die Zeit, so heißt es in einer Zuschrift aus Chemnitz im „Bedarf“, die die Pläne später einreichen, oder wo wir ausbrangieren müssen, ferner noch die Zeit, die das Ausräumen des Signalzuges usw. beansprucht, und ferner noch den Weg zum und vom Dienst, der durchschnittlich mindestens eine Stunde beträgt, so haben wir in diesen 39 Tagen wenigstens 580 Stunden Dienst, wir haben aber auch in Zwischenräumen von 10 Tagen einen freien Tag, den wir dazu benutzen, einmal gehörig auszuschlafen.“

Der Streik der Glasarbeiter in Ißig bei Schneidemühl ist beendet und zwar zu Gunsten der Arbeiter. Die Firma hat eine Lohnzulage von 15 Pf. pro 100 Stück Glaschen bewilligt. Die Abstellung verschiedener Mißstände ist ebenfalls zugestanden worden. Nur werden der Vertrauensmann und der Schriftführer nicht wieder eingestellt. Die Arbeit kann jedoch erst in 14 Tagen, nach langwieriger Anwesenheit der Oesen beginnen.

Eine neue Abgabe an Dr. Girsch! Der Düsseldorf'sche Gewerbeverein der Tischler beschloß in seiner 2. Monatsversammlung, die dem Kassierer seinen zugesicherten Marken zur Vertheilung für das Berliner Verbandshaus zuzuschicken, mit der Motivierung, den Ortsverbandsbeschlüssen hochzuhalten und sich an dem Verbandshauswesen infolge des Auftretens des Generalrats dem Ortsverband Düsseldorf gegenüber nicht zu beteiligen, sondern das übrig bleibende Geld dem Arbeiterssekretariat zuzuwenden.

Sociales.

Silbervergiftung. Wie so mancher Schäden in Bezug auf Gewerbebetriebe von oben herab viele Jahre unbedacht bleiben können, obwohl sie durch sehr einfache Mittel schon längst hätten beseitigt werden können, zeigen einige von Dr. L. Schubert in der „Zeitschrift für Heilkunde“ beschriebene Fälle von Silbervergiftung. Bekanntlich färbt Lösungen von Silbersalzen organische Gewebe im Lichte schwarz. Das sieht man, wenn man zur Entfernung von Wargen an den Fingern dieselben mit angefeuchtem Gollenstein betupft. Aber nicht nur durch äußeres Bestreichen mit Silberfalgelösung wird diese Schwärzung bewirkt, sondern auch durch inneren Gebrauch schwacher Silberlösungen, wie sie gegen Magen- und Darmkrankheiten als Arznei gegeben werden, schwärzt sich bei längerem Gebrauch die dem Licht ausgelegte Haut. Schubert hatte nun Gelegenheit, eine solche sehr intensive Schwärzung bei einigen Arbeitern zu beobachten, die längere Zeit mit dem Versilbern von Glasperlen beschäftigt waren. Sie saugen zu diesem Zweck eine zubereitete Silberlösung mit dem Mund in 3 bis 4 Centimeter lange Glasröhren, die perschnurartig in lauter Glasperlen ausgeblasen sind. Bei der Länge dieser Glasröhren können sie es nicht verhindern, daß zuweilen etwas von der Lösung an die Lippen, die Zähne oder die Junge kommt, dort Schrunden bildet und weiter in die Gewebe eindringt. Trotzdem sich mit der Zeit eine sehr intensive Schwarzfärbung ihrer Haut zeigte, haben sie in dieser Art das Einziehen der Silberlösung in die Glasperlen viele Jahre unbedacht fortgesetzt, einer 8 Jahre, ein anderer sogar 23 Jahre. Die Folge davon war, daß ihre ganze Kopfhaut, besonders aber die Lippen, die Nase und die Ohren, der Nacken und der Hals eine starke Schwarzfärbung mit graphitartigem Glanze zeigte, die Haare glänzten stark metallisch, an Händen und Füßen waren besonders die Nägel stark gefärbt, der nicht dem Licht ausgelegte Rumpf dagegen weniger. Aber auch der Gaumen, der Schlund, der Kehlkopf, die Stimmrinne und Speiseröhre zeigten deutliche Schwarzfärbung, ebenso die Augenbindehaut und die Iris, und auf beiden Augen zeigte sich ein deutlicher Anfang von Starbildung. Die Zähne waren unter dem direkten Einfluß der Silberlösung fast vollständig abgebröckelt, die wenigen Reste schwarz, das Mittelohr war von chronischem Katarrh ergriffen. Natürlich hatte dieser Zustand auch auf das Allgemeinbefinden der Arbeiter einen ungünstigen Einfluß. Und diese durch Ansaugen mittels eines Gummiballons leicht zu vermeidende, schließlich verschiedene schwere Leiden hervorrufoende Vergiftung konnte 8. selbst

23 Jahre lang fortgesetzt werden, ohne daß die Gewerbe-Aufsicht etwas davon erfuhr und dagegen einschritt!

Gegen die Arbeitslosigkeit. Die städtische Socialcommission in Kachen stimmte im Princip der Verwallung zu, die zahlreichen Arbeitslosen zum städtischen Begeben und Planierungsarbeiten und als Beihilfe gelegentlich der Volkszählung zu verwenden. Ein Vorschlag, der dahin ging, die hier vielfach beschäftigten ausländischen Arbeiter möglichst von dem heimischen Arbeitsmarkt fernzuhalten, soll der Handelskammer zur Einleitung der notwendigen Maßnahmen überwiegen werden; der Stadtverordneten-Versammlung wird die Errichtung von weiteren Volkshäusern vorgeschlagen. Neben den bereits erwähnten Kostlandsarbeiten erachtet die Commission es als selbstverständlich, daß in Fällen der Arbeitslosigkeit oder begründeten Arbeitsmangels die Armenverwaltung eintreten müsse. Die Stadtverwaltung gedenkt außerdem durch Beschaffung billiger Lebensmittel und Kohlen wesentlich zur Abhilfe in der gegenwärtigen Notlage beizutragen. Die Frage der Einschränkung der Arbeiterzuzüge aus dem nahen Ausland soll der Handelskammer und dem Zuschaffanten-Verein zur näheren Erörterung übergeben werden.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 5. November, abends 8^{1/2} Uhr, in den Armuthallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag von Frau Wally Repler über „Die Frau in der modernen Literatur“. Gäste sehr willkommen. Der Vorstand.

Die Wäscherinnen und Plätterinnen waren am Dienstagabend in der Brauerei Friedrichshain in einer impositanten Versammlung zusammen gekommen. Frau Klara Jettin referierte über „Arbeiterinnen und Mädchen“ und führte in gedrängter Darstellung ungefähr folgendes aus: In Berlin aller Art seien bisher die Wäscherinnen und die Plätterinnen als gesunde und zufriedene Menschen geschildert worden, als pausbodige übermüdete Dinger, die jungen Kaufleuten und Studenten durch angenehme Schäferstunden über die Oede und Langweiligkeit des bürgerlichen Familienlebens hinweg helfen. Wenn man genauer zusehe, verjährende dieses Idyll. Aus den übermühten fetteilen Mädchen werden abgemildete, schwer um ihr lärgliches Brot ringende Frauen, die mit allerlei Verursachungen heimgeschickt sind. Besonders das Gasplätten, an sich ein technischer Fortschritt, wirkt für die Arbeiterinnen sehr schädlich, weil es nicht unter Bedingungen eingeführt ist, welche diese Schädlichkeiten vermeiden könnten. Zumeist fehle es an Ventilationseinrichtungen, um den durch die Gasplätterei in vernehmtem Maße entstehenden gesundheitsschädlichen Dämpfen einen Abzug zu verschaffen. Unter diesen Umständen hätten beinahe noch mehr die Wäscherinnen zu leiden, die außerdem den ganzen Tag über mit nassem Hühn stehen müßten. Betrachte man alles dies und die sonstigen Arbeits- und Existenzbedingungen, sowie daß viele Arbeiterinnen, um ihren lärglichen Verdienst zu erhöhen, vielfach noch Arbeit mit nach Hause nehmen, um hier von neuem zu frohen und auch die härtige Wohnung mit schädlichen Miasmen zu füllen, so könne es nicht wundernehmen, wenn, wie von bürgerlichen Ärzten und vom Rostinspeltor W r e i s h o f e r festgestellt sei, die Plätterinnen und Wäscherinnen ein verhältnismäßig größeres Kontingent zu den Kranken stellen, als andre Berufe. Daß der Beruf der Plätterin ein besonders anstrengender sei, geht auch daraus hervor, daß mehr als ein Drittel der Plätterinnen, zu welchen jugendliche Arbeiterinnen nicht genommen werden, schon nach kurzer Zeit diese Beschäftigung aufgeben müssen. Wenn diese ungünstigen gesundheitlichen Zustände ziffermäßig nicht so genau nachgewiesen werden können, wie es wünschenswert wäre, so liege das daran, daß die Plätterinnen und Wäscherinnen mit andren Berufen in den Krankenhäusern vermischt sind.

Die Mederlin kritisierte sodann das Lehrgemüthchenwesen, die verschiedenen Praktiken, die darin angewendet werden und verurteilte die der menschlichen Würde hohnsprechende Behandlung, die sich viele Arbeiterinnen aus Angst vor Arbeitslosigkeit glauben gefallen lassen zu müssen. Insbesondere hätten die Arbeiterinnen oftmals unter den gemeinen Judringlichkeiten der Unternehmer und ihrer Stellvertreter zu leiden, und gute oder schlechte Arbeit werde nach Willkür und noch schlimmeren Umständen vergeben. Diese Zustände zu beseitigen oder zu verbessern sei eigentlich Aufgabe der Gesamtheit, aber von unfrem Staat, der nur Gelecke macht, die den kapitalistischen Interessenten zu gute kommen, ist nichts zu erhoffen; die ausgedehnten Arbeiterinnen müßten deshalb die Verteidigung ihrer Rechte, das Streben nach einem menschenwürdigen Dasein selbst übernehmen. Dieses könne aber nur geschehen, wenn alle Arbeiterinnen in der Wäschebranche sich zu einem großen Ganzen zusammen schließen, denn in der Vereinigung liege die Kraft der arbeitenden Klassen, besonders aber der Frauen, die in doppelten Ketten liegen, in den Ketten des Lohn- und des Geschlechtsknechts.

Der etwa zweistündige Vortrag der Genossin Jettin wurde des öfteren von lebhaftem Beifall unterbrochen. In der Diskussion wurden die Ausführungen der Referentin in mehrfacher Weise ergänzt. Die Anwesenden wurden aufgefordert, der Organisation beizutreten und für sie zu agitieren. Die Mitglieder des Vereins erhalten bei geordneten Streitigkeiten Rechtshilfe. Es wurde auch ersucht, den Arbeitsnachweis der organisierten Plätterinnen und Wäscherinnen zu benutzen. Frau Jettin teilte noch mit, daß die Unternehmer in der Wäschebranche solchen Arbeiterinnen, die 25 Jahre thätig gewesen sind, — ein Diplom und eine küberne Medaille schenken wollen, eine Mitteilung, die mit großer Heiterkeit aufgenommen wurde. In ihrem Schlusswort ermahnte Frau Jettin die Versammelten nochmals, sich durch nichts, weder durch das übliche Spionagesystem, noch durch einzelne Verbote der Unternehmer und noch weniger aus Angst vor Arbeitslosigkeit abhalten zu lassen, der Organisation beizutreten. Einer großen Organisation gegenüber lernen die Unternehmer gar bald Toleranz üben und nur durch die Vereinigung sei eine Besserung der Lage der Wäschearbeiterinnen möglich. Auch diese letzten Worte wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Meineidsprozeß Maßlof in Konig.

Der Hexenaberglauben des Mittelalters feiert in dem westpreussischen Städtchen seine Auferstehung. Wie vor Zeiten epidemische Halluzinationen den grauenhaften Teufelsbündnissen und Zaubereien plastische Gestalt verliehen, so setzt sich heute das Blutmärchen in beschränkten Kreisen fest und fordert vor dem Nichtertlichst Auslagen zu Tage, deren Widersinnigkeit sich ebenfalls nicht anders als durch eine epidemische Geistesverwirrung ganzer Volksschichten erklären läßt. Hoffentlich hat der Staatsanwalt unter diesen bellagendwerten Zuständen ein Einsehen und läßt von neuen Meineidsprozeßen ab, die nur Unglückliche ins Zuchthaus bringen würden, ohne daß sie das Geheimnis des Gynastienmordes noch zu lichten im stande wären.

Eine charakteristische Auslage wurde noch am Dienstagabend zu Tage gefördert. Der 42jährige katholische Arbeiter Joseph Laslowy befand sich, daß er beim Ortsvorsteher Grabow in Frankenhagen in Dienst ist. Wie diesem habe Laslowy am 11. März eine Kuh gekauft. Erst wollte Leuy, daß der jüngere Anecht Lutschinski die Kuh nach Konig treiben solle, dann aber begnügte sich der Schlächter mit ihm, Laslowy. Nun fährt Laslowy fort: Ich wollte 1 M. 50 Pf. für das Kuchtreiben haben. Leuy sagte mir aber, daß er nur 1 M. 25 Pf. gebe. Als ich die Kuh vor Leuy's Laden brachte, sagte Leuy: Ich solle die Kuh in Mälers Gasshans einstellen und mir alsdann das Geld holen kommen, aber ich solle von hinten hereinkommen. Als ich die Kuh nach dem Mälerischen Gasshans trieb, bekam ich solch große Angst im Herzen. — Präsi.: Können Sie einen Grund dafür angeben? — Zeuge: Weil Leuy mir sagte, ich solle von hinten herein kommen. — Präsi.: Was es vielleicht zur Kirchezeit? — Zeuge: Nein, zur Kirchezeit war es nicht. Als ich die Kuh eingestalt hatte, ging ich zu Leuy's zurück, um mir mein Geld zu holen. Ich hatte aber Angst im Herzen und ging von

vorne in den Laden. Da kam der alte Leuy und schrie mich an, weshalb ich nicht von hinten gekommen sei, ich solle in die hintere Stube kommen. Ich ging mit Leuy in die Hinterstube, da sahen seine beiden Söhne und seine Frau. Leuy sagte zu seinen Söhnen:

Wir brauchen Blut,

Gynastien spazieren.?) Frau Leuy fragte mich, wie alt ich sei. Ich sagte, ich bin 1858 geboren, rechnen Sie es sich aus. Alsdann fragte mich Frau Leuy, ob ich verheiratet sei und wieviel Kinder ich habe. Ich antwortete: ich bin verheiratet und habe fünf Söhne und einen Stiefsohn. Da sagte mich der alte Leuy am Arm und sagte: Verdacht! Verdacht! zu weich, zu weich! Dann fragte Leuy seine Söhne: Ist der Anecht von Hoffmann bestellt? Es werden viele sein. Der Mann wird ein Frau annehmen. Weiter sagte Leuy: „Leine, Jettin, Königs.“ Frau Leuy sagte: Ich hätte Sie für 20 Jahre gehalten. Leuy packte mich wieder am Arm und sagte: Sie haben ja eine so schwache Brust. Nun bekam ich wieder Angst im Herzen.

— Präsi.: Weshalb gingen Sie denn nicht fort, wenn Sie so große Angst im Herzen hatten? — Zeuge: Ich hatte ja noch kein Geld. (Heiterkeit). — Präsi.: Was sagten Sie zu dem Anecht Lutschinski? — Zeuge: Ich jagte zu diesem: Sei froh, daß Du die Kuh nicht nach Konig gebracht hast. Dich hätten die Juden bestimmt geschlachtet. — Präsi.: Lutschinski ist doch aber ein bedeutend jüngerer und kräftigerer Mensch als Sie? — Zeuge: Der war von hinten herein gegangen und alsdann hätten sie ihn geschlachtet. — Präsi.: Ist das wahr oder haben Sie sich das nur eingebildet? — Zeuge: So wahr ich einen Gott im Herzen habe, ich sage nicht die Unwahrheit. — Der Präsident läßt nunmehr den Fleischer Kolop Leuy in den Saal treten und hält diesem die Aussagen des Zeugen vor. Leuy: Nicht ein Wort ist wahr. — Laslowy: Und doch ist es wahr. — Leuy: Der Zeuge hat mir auch noch eine Kuh aus Granau verschafft. — Präsi.: Laslowy, ist das wahr? — Zeuge: Das hatte ich vergessen.

Am sechsten Verhandlungstage.

Mittwoch, wurde zunächst der Journalist Zimmer aus Konig vernommen, der behauptete, daß fremde Herren den Maßlof im Hotelzimmer traktiert haben. Bürgermeister Deditius und Polizeikommissar Block behaupteten nochmals, daß sie das Synagogengrundstück auf das genaueste untersucht und nichts Verdächtiges gefunden haben.

Der nächste Zeuge, Kriminalkommissar Wehn (Berlin), erklärt: Im Auftrage des Ministers des Innern bin ich am 25. März nach Konig gekommen. Allen Untersuchungen habe ich nicht beigewohnt. Ich habe dem Kriminalkommissar Meyer II aufgetragen, bei den Untersuchungen bei Leuy besonders auf Bodypapier und Zeitungen zu achten und ganz besonders darauf, ob sich vielleicht Exemplare oder Fragmente der „Täglichen Rundschau“ vorfinden. Wir haben aber keine Spur gefunden. Wir haben ferner genau untersucht, ob, wie der Angeklagte Maßlof behauptete, die Leuy'schen Kellerfenster verhängen gewesen oder überhaupt verhängen seien. Wir haben jedoch, daß einmal

alte Spinnweben

die Anbringung eines Vorhangs verhindert. Andererseits haben wir die Wände aufs genaueste untersucht und abgelüpft, um festzustellen, ob es möglich sei, daß Nägel eingeschlagen worden seien zum Befestigen des Vorhangs. Die Untersuchung hatte ein absolut negatives Resultat. Wir haben dagegen festgestellt, daß sich an den Kellerfenstern des neben Leuy wohnenden Bäckermeisters Anger Vorhänge befinden. Die Leuy'sche Kucherkammer habe ich nicht nach verbrannten Metallspuren untersucht. Auf Antrag des Verteidigers beschließt der Gerichtshof, sofort die Kucherkammer nach Metallspuren durchsuchen zu lassen, die aus dem Ueberzieher des Ermordeten stammen könnten.

Sodann behauptet Kriminalkommissar Wehn (Berlin) weiter: Maßlof's Bekundungen sind mir vollständig ungläubhaft erschienen. Maßlof hat bei der Polizei nicht gesagt, daß ihm der Deal von seiner Schmutzfabrik zur Erde gefallen sei. Bei der Polizei hat er gesagt: er habe nur aus Neugier, weil er einen Lichtschimmer sah, seine Betrachtungen angestellt. Obwohl er nicht wußte, wer in dem Hause wohnte und von dem Word keine Ahnung hatte, will er Hundentlang auf der Laner gelegen haben und, um genauer sehen zu können, nach dem hinteren Grundstücke gegangen sein. Ich habe nun selbst und zwar bei Tage nach dem hinteren Grundstücke geschaut. Ich habe daselbst aber erst nach längerem Suchen und Fragen finden können. Ich habe dann des Radits mit Maßlof's Verurteilung angestellt. Ich bin mit dem Kriminalkommissar Meyer aus dem Keller in den Hof gegangen. Maßlof war mit dem Kriminalinspeltor Braun draußen geblieben. Maßlof mußte sich auf die Erde legen und wurde vom Kriminalinspeltor Braun gefragt: Wie viel Personen sind jetzt aus dem Keller gekommen? Darauf antwortete Maßlof: Ich kann nichts sehen. Wir hatten eine Petroleumlampe im Keller stehen. Diese nahmen wir dann und traten damit aus dem Keller in den Hof. Maßlof antwortete jetzt auf die Fragen: Ich sehe eine Person. Wir waren aber, wie ich bereits bemerkt, zwei Personen. Bei Nacht kann man nicht in den Keller sehen. — Präsi.: Angeklagter Maßlof, haben Sie bei der Polizei nicht gesagt, daß Ihnen der Deal von der Dose gefallen sei? — Maßlof: Das habe ich doch gesagt. Es ist aber nicht aufgeschrieben worden. — Ein Geschworener: Ich habe im Leuy'schen Keller über dem Kessel und dem Orte, wo die Petroleumlampe befestigt ist,

Mistfleck

gesehen. Sind diese untersucht worden? — Kriminalkommissar Wehn: Ich erinnere mich dessen nicht. Aber wenn sich Mistfleck im Fleischerkeller befinden, das ist doch nicht auffallend. Wir haben nur nach Mistspuren gesucht. — Geschworener: Ich halte es doch für erforderlich, daß sofort nach diesen Mistflecken die Untersuchung angestellt wird. — Oberstaatsanwalt: Ich bin keineswegs gegen eine eingehende Untersuchung; aber wenn festgestellt wird, daß sich im Fleischerkeller alte Mistfleck befinden, so folgt daraus gar nichts und wir haben nur Zeit verloren. — Kriminalkommissar Wehn behauptet weiter: Maßlof habe ihn auch mitgeteilt, er habe zu Moritz Leuy gesagt, er wisse jetzt, wer die Mörder seien. Die Mörder seien Juden. Leuy habe ihm, dem Angeklagten, geantwortet: Wenn Sie das wissen, dann zeigen Sie es doch an. Der Möbelhändler Kirschstein habe ihm, Zeugen, gezeigt, wie Maßlof an dem traglichen Abend gegangen sei. Das habe aber den Angaben des Angeklagten Maßlof widersprochen.

Präsi.: Maßlof, wollen Sie sich mal hierüber äußern? — Maßlof: Ich kenne den Möbelhändler Kirschstein nicht. Ich habe bloß zwei Herren, mit denen ich bei Kirschstein gesprochen habe, gezeigt, wie ich gegangen bin. Der eine Herr ist ein Lehrer gewesen. — Auf Antrag des Oberstaatsanwalts beschließt hierauf der Gerichtshof, sofort Kirschstein zu laden.

Erster Staatsanwalt: Gestern sagte der Nachtwächter Rust hier aus, Winter habe ihm eine Cigarre gegeben und gesagt: „Ich heiße Ernst Winter“. Ist Ihnen bekannt, daß ein Mann namens Orda in Benken beschworen hat: er habe auf der Chaussee einen Wagen fahren sehen, auf dem ein alter Jude mit einem jungen Mädchen gesessen habe. Letzteren habe der Jude getötet. Der junge Mann habe gerufen: „Ich bin der junge Winter“. — Kriminalkommissar Wehn: Orda hat aufgelegt: „Der Jude war Israeliti.“ Ich habe diese Erzählung sofort

für Blödsinn gehalten.

Verteidiger Rechtsanwalt Hunrath: Ist Ihnen bekannt, daß Orda gestanden hat, einen Reineid geleistet zu haben? — Zeuge: Ich habe es gehört. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Vogel: Haben Sie geglaubt, daß der Word von Juden begangen sein könnte? — Präsi.: Diese Frage geht doch zu weit. Es genügt doch, wenn der Zeuge erklärt: er habe in objektiver Weise allen Spuren nach allen Richtungen hin nachgeforscht.

Rach kurzer Pause bemerkt der Oberstaatsanwalt: Die Staatsbürger-Zeitung bringt einen Artikel mit der Ueberschrift: „Neue Judenstücke“. In dem Artikel wird ausgeführt: Kriminalinspektor Braun, Kriminalkommissarius Wehn und Kriminalaufwarter Meyer II hätten am vergangenen Sonntag mit dem alten Lewy auf dem Lewy'schen Hintergrundhügel Untersuchungen angestellt. Wie mir bekannt ist, ist Wehn mit dem Kreisphysikus Dr. Wuppe am Sonntag in Marienburg und Danzig gewesen und Kriminalinspektor Braun nicht ausgegangen. — Der Junge Kriminalkommissarius Wehn befindet sich letzteres.

Inzwischen ist Stadtbaumeister Gampel mit seinen Begleitern von der Untersuchung in der Lewy'schen Kuchenkammer zurückgekehrt. Das Resultat der Nachforschungen war ein völlig negatives.

Rummeier wird der inzwischen herbeigeholte Möbelhändler Kirchslein vernommen. Derselbe bemerkt: Als Hoffmann verhaftet wurde, herrschte in der ganzen Stadt große Aufregung. Ich ging am Hotel Röhn vorüber, dort waren viele Menschen. Rasch wurde dort von dem Verleger der

„Staatsbürger-Zeitung“

Wilhelm Bruhn, befragt. Ich sagte zu Rasch, er solle doch die Wahrheit sagen, denn es handle sich um ein Menschenleben. — Präsi.: Haben Sie gesagt: Sie könnten Hoffmann retten? — Zeuge: Nein. Rasch sagte: Ich hatte auf dem Lewy'schen Hofe Fleisch kauft, das ich stehlen wollte. Deshalb hatte ich mich auf die Lauer gelegt. Plötzlich kamen 3 Juden aus dem Lewy'schen Keller. Ich hörte sie sprechen. Ich konnte aber nur verstehen, daß sie sagten: „Nichts herausgeben.“ Als das Thor geöffnet wurde, bin ich nach der Stedefeld'schen Effigfabrik gelaufen und habe mir dort meine Sachen ausgekauft. Dann bin ich wieder auf den Hof gelaufen und habe das Fleisch gestohlen. Ich sah dann drei Männer aus dem Thorwege kommen. Zwei davon tragen einen schweren sadartigen Gegenstand. Einer ging hinterdrein. Sie gingen nach dem Rindschere. Ich habe alsdann mit Rasch des Abends Versuche angestellt und das Ergebnis derselben den Berliner Kriminalbeamten mitgeteilt. — Adolf Lewy: Kirchslein hat vor meinem Kellerfenster auf der Erde gelegen und da habe ich ihm gesagt: Ich wollte ihm den Kellerschlüssel geben. — Ingenieur Kubi (Berlin): Rasch hat bei Röhn lediglich eine Kaffe Douillon bekommen. Der Verleger Bruhn hat ihm einräumlich gesagt: er solle die reine Wahrheit sagen, auf die Gefahr, daß Sie einen Meineschaden. Als Rasch abends wieder zu Röhn kam, stellte Bruhn ihn auf die Probe, indem er zu ihm sagte: Sie haben uns einen schönen Wären aufgebunden. Es ist ja alles Lüge, was Sie uns gesagt haben. Rasch beteuerte hierauf, die

reine Wahrheit

gesagt zu haben. Wir machten alsdann mit Rasch bei Lewy Versuche. — Präsi.: Wir wollen jetzt eine Pause bis 3 Uhr eintreten lassen und alsdann in nächstfolgender Sitzung den Fall Friedländer-Siemanski erörtern. — Die nächste öffentliche Sitzung dürfte eine halbe Stunde dauern.

Gegen 1/2 Uhr wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt und in der Beweisannahme fortgefahren. Als erster Zeuge sagt Maurer Bottram: Ich habe vor etwa zwei Jahren in der Lewy'schen Kuchenkammer Änderungen vorgenommen. Genau kann ich die Zeit ja nicht mehr sagen, aber ich glaube, das war vor zwei Jahren. — Ein Geschworener: Haben Sie vielleicht gemerkt, ob unter dem Fußboden ein hohler Raum sei? — Zeuge: Nein. — Alsdann wird der Kriminalinspektor Braun-Vorlin vernommen. Derselbe schildert gleich dem Polizeikommissar Kriech, Polizeisergeanten Hartelmann aus Königs, wie alle Mitteilungen des Rasch sich als haltlos erwiesen hätten.

Polizeisergeant Ebertowski bekundet: Rasch wurde von dem Zeitungverleger Bruhn aus Berlin zur Polizei geführt. Ich fragte Rasch, weshalb er seine Aussagen erst jetzt mache. Rasch antwortete: er befürchtete eingesperrt zu werden und seine Arbeit zu verlieren, da er das Fleisch gestohlen habe.

Oberlehrer Hofrichter

erzählt alsdann: Die Frau Ros hat sich beschwert, daß, sobald sie gegen die Juden ausgefahret habe, sie angefahren worden sei. Sie sei am 11. März abends 7 Uhr bei Lewy gewesen wegen einer Anhaltkarte für Frau Lewy. Es sei ihr unheimlich geworden, weil Frau Lewy so verstört ausgesehen habe. Sie hat dann eine Geschichte von einem Anwalt erzählt, der am 11. März zum erstenmal in Königs gewesen sei. Die Frau war so redselig, daß ich mit den Daten nicht mehr so genau Bescheid weiß. Sie sagte, er habe sich die Hosen schmutzig gemacht gehabt, da er auf der Erde gelegen habe. — Präsi.: Was das der Anwalt, oder bezieht sich das auf Rasch? — Zeuge: Es ist möglich, daß ich das verwechselt habe, ich kann mich auf die Einzelheiten nicht mehr genau erinnern. — Präsi.: Herr Oberlehrer, Sie haben beim Untersuchungsrichter gesagt: Frau Ros erzählte mir: Sie sei am 11. März, abends zwischen 7 und 8 Uhr, bei Lewy gewesen. Frau Lewy sei so verstört gewesen. Rasch habe draußen gestanden und winkeln gehört? — Zeuge: Ich glaube, mich dessen zu erinnern. Ich habe damals unter freiem Himmel gestanden. — Angekl. Ros: Es ist nicht wahr, daß ich dem Herrn Oberlehrer gesagt haben soll, Rasch hätte draußen gestanden. An diesem Abend habe ich Rasch überhaupt nicht gesehen. — Erster Staatsanwalt: Herr Zeuge, haben Sie beim Untersuchungsrichter bestimmt gesagt, daß Rasch draußen gewartet und ein Winkeln gehört habe? — Zeuge: Es ist mir erinnerlich, daß ich so ausgesagt habe. Ob die Ros wirklich so gesagt hat, weiß ich nicht. Die Wahrnehmungen Rasch's hat sie mir später erzählt. Wann, das weiß ich nicht. Jedenfalls hat sie gesagt, der Anwalt würde in einigen Tagen wiederkommen. Später hat sie mir gesagt: der Anwalt sei nicht wiedergekommen. Dann hat sie mir Rasch's Wahrnehmungen erzählt und gesagt: zuerst sei Frau Lewy über den Nord sehr entrüstet gewesen. Alsdann habe Frau Lewy gesagt: Warten Sie nicht so viel wert. Der Nord würde niemals herankommen, dazu sei die jüdische Gemeinde zu reich. Die Aussagen des Rasch hat der Zeuge im allgemeinen für wahr gehalten.

Die Verhandlung wird alsdann wegen des morgigen katholischen Feiertags auf Freitag, den 2. November, vormittags 10 Uhr, vertagt.

Gerichts-Beitrag.

Im Prozeß Sternberg

wurde gestern die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Unter den als Zeugen vorgeladenen Personen befindet sich auch der Direktor des Detektiv-Instituts Wehn. Vor Eintritt in die Verhandlungen richtete auf Bitte der Verteidigung der Vorsitzende Landgerichts-Direktor Müller die dringende Mahnung an alle Zeugen, sich jeder Beeinflussung anderer Zeugen zu enthalten und wenn irgend möglich, während der Verhandlungen auch unter einander Gespräche über den Prozeß zu vermeiden. — Der Angeklagte Sternberg ließ sich noch mehrere Stunden lang über den Fall Woyda aus, indem er immer wieder auf das Bestimmteste bestritt, mit dem Mädchen irgend etwas zu thun gehabt zu haben. Als er sich bereit erklärte, der Richter die Mittel zur Fahrt nach Amerika zu gewähren, sei bei ihm das einzige Motiv gewesen, daß er es vermeiden wollte, eventuell als Zeuge in eine sich entwickelnde Skandalaffäre Fischer hineinbezogen zu werden. Er habe ein solches Zeugnis nicht zu schämen gehabt, wisse aber, wie unangenehm es sei, in solcher Sache auch nur als Zeuge genannt zu werden. Bei der Abreise der Fischer sei mit keinem Worte von der Woyda die Rede gewesen. Aus welchem Grunde das Kind seine falsche Aussage mache, sei für ihn der Gegenstand ernstester Ueberlegung geworden und es haben sich ihm verschiedene Möglichkeiten aufgedrängt. Vielleicht werde er zum Gegenstand der Beschuldigung gemacht, um einen

wirklich Schuldigen zu retten.

Der Angeklagte verwies dabei insbesondere auf einen Mann aus Frankfurt a. O. Die Fischer habe nachgezeichnet eine sogenannte „Malerannonce“, durch welche Modelle verlangt werden, in der „Morgenpost“ aufgegeben. Das Manuskript zu diesem Inserat sei beschafft worden, es stehe fest, daß er (Angeklagter) es nicht geschrieben, die Handchrift ähnele aber auffallend derjenigen jenes Wams, der jetzt seinen Aufenthalt im Ausland genommen und von dort Versuche gemacht habe, seine Geschäft in Frankfurt a. O. zu verkaufen. Der Angeklagte erörtere noch weitere Möglichkeiten, die darauf hinausläufen, daß mit Hilfe der Woyda von gewissen Leuten, die ihm vorkämen, versucht werden sollte, Geld aus ihm herauszupressen. Er giebt auch zur Erwägung anheim, ob das Mädchen normal sei. Die ihm nahestehenden Kreise seien von der Unmöglichkeit der gegen ihn ausgeprägten Beschuldigung von Anfang an überzeugt gewesen und es für ihr Wohl gehalten, alles was in ihrer Macht liege, zu thun, um der Wahrheit auf die Spur zu kommen. Man werde doch von ihm nicht verlangen, daß er ohne weiteres seinen Kopf unter das Beil lege. Hochachtungsvoll sei nichts geschehen, um für ihn Entlastungsmaterial beizubringen, er habe den dringenden Wunsch gehabt, seine Haft nicht zu verlängern, sondern möglichst rasch zur Hauptverhandlung zu gelangen und zu den notwendigen Ermittlungen habe ihm doch kein andres Mittel als die Detektiv-Institute zu Gebote gestanden. Es handle sich also keineswegs um eine intrigierende Aliane von Menschen, die der Gerechtigkeit ein Bein stellen wollten, sondern um die Ausübung einer Freundschaftspflicht zur Rettung der Wahrheit. Nur diesen Privatermittlungen, die ja natürlich viel Geld kosten, habe er es ausschließlich zu danken, daß in den Fällen, in denen er freigesprochen wurde, die Wahrheit schließlich an den Tag kam. — Was die beiden neuerdings noch in die jetzige Anklage hineingelegenen Fälle betrifft, so erklärte St., daß er die beiden in Frage kommenden Mädchen überhaupt nicht kenne und deren Aussagen als erfunden bezeichnen müsse. Der Vorsitzende stellte fest, daß wenn die Angaben des einen dieser Mädchen wahr wären, dieser Anklagepunkt schon deshalb fallen müßte, weil dann das Mädchen zur Zeit der von ihr behaupteten Vorfälle schon über 14 Jahre alt gewesen wäre. Die Vernehmung des

Angeklagten Lupp

war außerordentlich kurz. Er erklärte, ein alter Freund des Herrn St. zu sein, von dessen Unschuld er festest überzeugt sei. Nur aus diesem Grunde habe er, als es sich um die Abreise der Fischer handelte, den Freundschaftsdienst übernommen, zu kontrollieren, daß die Fischer das Reisegeld auch wirklich dazu benutzte, um nach Amerika zu gehen. Er hat die Fischer und die Wender bis nach Southampton begleitet, wo diese zu Schiff gingen. In der Unterhaltung während der Reise habe die Fischer niemals eines Falles Woyda Erwähnung gethan und er habe die volle Ueberzeugung, daß ein solcher überhaupt nicht existiere. Eine Vergütung für seine Vermittlung habe er nicht erhalten, sondern lediglich aus Freundschaft gehandelt. Auf Verfragen des Staatsanwalts erklärte der Angeklagte, daß ihm der Gedanke überhaupt nicht gekommen sei, daß er sich durch diesen Freundschaftsdienst etwa gar einer Begünstigung der Fischer schuldig machen könne. Den ferneren Wortwurf der Anklage, daß er bei einer Gelegenheit einer kleinen Belustigungszeugin geraten haben soll, ihre belastende Aussage zurückzunehmen, bestritt er durchaus. — Auch die Vernehmung der Angeklagten Wender ist nur kurz. Sie ist früher Dienstmädchen gewesen und mit der Fischer bekannt geworden. Dann hat die letztere sie zu sich genommen, um sie als Gehilfin beim „Massieren“ zu beschäftigen. Der Vorsitzende stellte durch Verfragen fest, daß unter dem Ausschlagsschild der „Massage“ die Wohnung der Fischer zu einer Stätte jugendlicher Unzucht gemacht wurde. Die Angeklagte W. bestritt entschieden die Beschuldigungen, die Frieda Woyda gegen sie und den Angekl. St. erhoben und entwarf von dem Charakter des Mädchens ein wenig unheimliches Bild. — Die letzte Angeklagte endlich bestritt gleichfalls, sich der Begünstigung schuldig gemacht zu haben. Sie gab zu, auf eine Anregung von dritter Seite mit der Woyda Fälschung genommen zu haben, um zu ermitteln, ob diese etwa von irgend einer Seite beeinflusst werde. Sie habe aber gar nicht gewußt, daß es sich um eine Affaire Sternberg handle, habe nur den Auftrag gehabt, auf das Mädchen einzureden, nur die volle Wahrheit zu sagen und bestritt, daß sie dabei in unzulässiger Weise auf das Mädchen eingewirkt habe. — Hiermit schloß die gestrige Sitzung. Die Beweisaufnahme wird am Donnerstag mit der Vernehmung der Kriminalbeamten beginnen.

Wegen Verleumdung des Direktors der Harzer Kalkwerke, Wohlmann in Elbingen, ist am 2. Mai vom Landgericht Halle Stadt unser Parteigenosse Heinrich Matthes in Elbingen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Durch das gleiche Urteil ist das Verfahren gegen den Redacteur Berthold Heymann in Braunschweig eingestellt worden. In der Wochenzeitung „Der Landbote“, deren Stoff aus dem wöchentlich erscheinenden „Volksefreund“ entnommen wird, war am 12. November vorigen Jahres ein Artikel unter der Epithete: „Vom Harz“ erschienen, der den Angeklagten Matthes zum Verfasser hat und gegen den oben erwähnten Direktor mehrere Vorwürfe erhebt, die vom Landgericht als unbegründet und beleidigend erachtet worden sind. Der Strafantrag des Direktors W. war nur gegen den Verfasser gerichtet und seine Absicht ging, wie er in der Hauptverhandlung erklärend bemerkte, dahin, den Redacteur nur dann bestrafen zu lassen, wenn der Verfasser nicht ermittelt würde. Das Landgericht hatte daraufhin das Verfahren gegen unsern Genossen Heymann eingestellt. — In der gestrigen Sitzung des Reichsgerichts wurde über die Revision des Angeklagten Matthes sowie die des Staatsanwalts verhandelt. M. vertrat in seiner Revisionschrift die Ansicht, daß auch gegen ihn das Verfahren hätte eingestellt werden müssen, da beide Angeklagte als Mitthäter anzusehen seien. Nachdem das Verfahren gegen H. eingestellt war, hätte er, M., darauf hingewiesen werden müssen, daß er als Mitthäter angesehen werden könne. Die Revision des Staatsanwalts wurde vom Reichsgerichte als begründet bezeichnet. Rechtsirrtümlich sei die Ansicht des Landgerichts, daß die Angeklagten nicht an derselben Thatthat beteiligt seien, denn M. sei doch ausdrücklich wegen Verleumdung durch die Presse verurteilt worden. In dieser That müsse notwendig der Redacteur beteiligt sein. — Auf die Revision des Angeklagten M. und des Staatsanwalts hob sodann das Reichsgericht das Urteil bezüglich beider Angeklagten auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Versammlungen.

Eine stark besuchte Versammlung der Bauarbeiter tagte am 28. Oktober in Kellers Saal. In derselben referierte Löpfe Hamburg über die Bestrebungen des deutschen Bauarbeiterbundes. Eine Diskussion fand nicht statt. Es wurde dann eine Resolution angenommen, in der die Versammlung mit aller Entschiedenheit gegen das Vorgehen des Internationals protestiert und nicht eher zu ruhen verspricht, bis alle Berufsangehörigen in der Organisation zusammengeschlossen sind. Der dritte Punkt der Tagesordnung führte zu einer heftigen Debatte, da der erste Redner Franz Kersten ausführte, wenn die Leitung dem Wunsch eines Teils der Kollegen nicht Rechnung trägt, dann lieber fort mit der ganzen Gewerkschaft. Derselbe wurde von mehreren Rednern sowie von dem Referenten zurückgewiesen. Eine Resolution, welche besagt, daß keine Aenderung im Sammelwesen vor Tagung der Generalversammlung vorgenommen werden soll, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Sodann wurde beschlossen, 5000 M., aus dem Streifonds der Hauptkasse der Bauarbeiter Deutschlands zu überweisen. Eine Versammlung der Rifenmacher tagte am 28. d. M. bei Stecher. In derselben hielt Frau Reich einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Frau in der Sozialdemokratie. Sodann wurde der Streik bei Seiffert für beendet erklärt.

China.

Die „übergroße Milde“.

In den letzten Tagen wimmelt es in der bürgerlichen Presse von „Originalberichten“ aus China über die Einnahme Peking's, die Entsetzung der Gesandtschaft, der Ermordung Kettlers usw. In den meisten dieser Berichte wird neben der Ruhmredigkeit vor allem die Schamlosigkeit betrieben. Die Europäer sind zu milde gewesen. So wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Shanghai geschrieben, daß gegen den Kaiserliche Palast in Peking viel zu glimpflich verfahren sei. Die Verbündeten haben mit dem zurückgebliebenen Beamten unterhandelt. Das hätte man nach Ansicht des künftigen Korrespondenten nicht thun sollen, sondern man hätte einfach die Thore der „Verbotenen Stadt“ einschlagen müssen. Dann sind die Truppen durch den Palast hindurchgezogen, und die Offiziere hätten sich im Palast mit Thee und Süßigkeiten bewirtet lassen. „Nach unserer Auffassung“, so heißt es in dem Bericht eines anderen Blattes, „ist das nicht die Art und Weise gewesen, wie der Sieger von einem eroberten Platz Besitz ergreifen sollte. In den Augen der Chinesen hat es jetzt den Anschein, als hätte man den „Verbotenen Stadt“ liebenswürdigerweise gestattet, die Wänder der „Verbotenen Stadt“ zu schauen, während man Ausdruck hätte gebracht werden müssen, wie die Sieger über den Kaiser, wenn wir einen ganzen Kaiserpalast nicht dem Erdboden gleichmachen.“

Einem Berliner Blatt schreibt einer seiner Specialberichterstatter über den Mörder Kettlers. Am Schluß seines Berichts äußert er folgende fromme Wünsche:

„So möge denn nun auch jeder, der an dem Morde irgendwie beteiligt war, die volle Strafe treffen! Der Polizeipräsident Zhang-Si ist bereits von den Japanern arretriert, die bereit sind, ihn und anzuliefern. Hoffentlich gelingt es auch, die andern, noch höheren Anführer zu erreichen. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß unser Kaiser im heiligsten Jorn gesprochene Worte sich erfüllen werden: „Ich will nicht ruhen, bis diese Deutschland angethane Schmach ihre volle Sühne gefunden hat!“

Wie wenig in der That Ursache vorhanden ist, die europäischen Kulturträger zu „größerer Strenge“ gegen die Chinesen anzuhaken, das beweisen die Darstellungen nicht bloß der Vertriebe von Soldaten, sondern auch sonstiger einwandfreier Leute. Nirgend berichtet ein europäischer Kaufmann über die Ueberleiden der französischen Soldaten, deutsche Himmelsbriefe schilderten die Russen als die fiesesten Kerle, die mit den bezopften Chinesen am wenigsten Umstände machten, heute liegt eine französische Stimme über die

deutschen Kulturträger in China

vor. Das Kabellegramm, das den „Paris Roubelles“ aus Peking zugegangen ist, besagt:

Dier finden häufig Zusammenstöße zwischen den Deutschen und den Chinesen statt. Die Deutschen geben mit einer außerordentlichen Strenge vor. Am 28. Oktober schossen deutsche Hülswachen auf eine Bande von Dieben, einer derselben wurde verlegt, konnte aber entfliehen. Am nächsten Tage verfolgten die Deutschen die Fußspuren, welche zu dem Hause des ehemaligen Staatssekretärs Kwan führten. Die Deutschen schlugen die Hausthür ein, einer ergriff den Staatssekretär und schleppte ihn am Kopfe bis zum deutschen Hauptquartier, wo man ihn mißhandelte und so lange mit einem Tandende schlug, bis endlich der Irrtum aufgeklärt wurde. Der Vizekönig Li-Hung-Tschang und Prinz Tsching protestierten wegen dieses Vorfalles bei der deutschen Behörde. Die Deutschen behaupten, es werde täglich auf ihre Hülswachen geschossen und es seien deshalb die strengsten Maßregeln nötig. Ausfahrungen finden ausschließlich in den weniger begüterten Stadtteilen statt, welche von Deutschen besetzt sind. In den übrigen Stadtteilen herrscht vollständige Ruhe.

So beschuldigen sich gegenseitig die einzelnen Nationen der Grausamkeit, das Schlimmste dabei ist, daß sie alle recht damit haben dürften.

Nach amerikanischen Meldungen sollen zwischen den russischen und amerikanischen Kabinetten Verhandlungen im Gange sein, die bezwecken, die chinesische Frage dem

Schiedsgericht im Haag

zu unterbreiten. Dort solle auch über die Entschädigungsansprüche der Großmächte an China entschieden werden. Die in Peking zu führenden Verhandlungen werden sich dann darauf beschränken, die chinesische Regierung zu veranlassen, sich dem schiedsrichterlichen Spruche zu unterwerfen.

In Peking beschäftigen sich die Gesandten zur Zeit mit der Frage, ob es nicht vorteilhaft sei, einen Waffenstillstand zu proklamieren und die militärischen Operationen während der Dauer der Verhandlungen mit der chinesischen Regierung zu unterbrechen. Ferner wird die Frage der an die eingeborenen Christen zu zahlenden Entschädigungen erörtert werden. Man schätzt die Zahl der ermordeten Christen auf 40000 und die Zahl derjenigen, die an Hab und Gut geschädigt worden sind, auf 100000.

Diese Zahlen dürften jedenfalls mit großer Vorsicht zu betrachten sein.

Das europäische Konzert

scheint ein wenig harmonisches zu sein. Schon kürzlich wies ein darauf hin, daß die einzelnen Truppenführer sich aneinander wenig um den Weltgeneralissimus kümmern, daß sie alle auf eigene Faust operieren, d. h. Jagden auf die Bogen unternehmen. Waldersee beschränkt sich denn auch, daß seine Befehle nicht beachtet werden, seine Autorität geht zum Teufel. Einem hiesigen Blatt wird aus London berichtet:

Graf Waldersee, dem es gesundheitlich wieder besser geht, hatte eine zweistündige Konferenz mit Macdonald vor dessen Abreise von Peking, hauptsächlich über die Eisenbahnfragen. Veränderungen wurden nicht getroffen. Waldersee findet es, der „Daily Mail“ zufolge, schwierig, seine Autorität durchzusetzen. Die Russen weigerten sich, das Hissen der britischen Flagge in Shanhaikwan zu erlauben, trotz Waldersee's Befehl.

Zum Verhalten der verblüdeten Truppen.

Nom, 31. Oktober. (Voss. Zig.) Der Sonderberichterstatter des mailändischen „Corriere della sera“ legt seine Schilderungen des haarsträubenden Mord- und Zerschlagungswerks der internationalen Truppen in China fort. Während seiner Fahrt auf dem „Veih“ von Peking nach Tientsin sah er den Fluß mit Leichen umgebender Chinesen jeden Alters bedeckt. Auf den Feldern fielen hunderte blutiger, unbewaffneter halbberühmter Eingeborener unter den Schüssen der europäischen Soldaten, die dem Jagdvergnügen nachzugehen schienen. In den Dörfern und Landhäusern war fürchterlich gehaust worden, namentlich durch Kojalen, denen der Berichterstatter tierische Rohheit nachsagt. Nur die italienischen Soldaten haben nach seinen Angaben die Bestimmung nicht ganz verleugnet. Wäher ist von allen Seiten das gestillte Verhalten der deutschen Truppen bei den Ausschreitungen der andern Kontingente hervorgehoben worden. (Red.)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bukarest, 31. Oktober. (W. Z.) Rummeier ist auch in dem Bezirk Ost eine Bauernrevolte ausgebrochen. Die Bewohner verweigern die Steuern und jagen die Behörden fort. Infolge dessen ist Kavallerie nach Ost abgegangen.

Tunis, 31. Oktober. (W. Z. B.) Beim Abbau von Phosphatlagern für die Werke von Meilaunt nahe bei Gassa wurden 500 bei der Arbeit befindliche Araber infolge Erdrutschungen in höher gelegenen Teilen verlegt und mehrere derselben getötet.

Die Verkündung des Wahlergebnisses

fand am Abend des Wahltags in fünf zu diesem Zweck einberufenen Versammlungen statt.

Der Saal von Weimanns Volksgarten auf dem Gesundbrunnen, einer der größten des sechsten Wahlkreises war schon lange vor 8 Uhr wegen Ueberfüllung polizeilich abgeperrt, während noch Hunderte im Garten und auf der Straße der Bekanntgabe des Wahlergebnisses entgegen saßen.

Bei Bernau in der Schmiedestraße war nicht nur der Saal, sondern auch sämtliche Lokalitäten überfüllt, und die polizeiliche Abperrung erfolgte lange vor Beginn der Versammlung.

Genfels Saal in der Invalidenstraße war ebenfalls überfüllt und polizeilich abgeperrt.

Zu der Versammlung im Fiskeller in der Chausseestraße drängten die Teilnehmer schon nach 8 Uhr abends, so daß nach 7 Uhr bereits Tische und Stühle entfernt werden mußten.

Der große Saal war vollständig überfüllt, so daß Hunderte keinen Einlaß mehr fanden. Ein stilles Polster-Aufgeböck sorgte für Regelung des Verkehrs.

Im Saal hatte sich bei größter Ruhe die Spannung über das Wahlergebnis immer mehr gesteigert. Eugen Ernst vermochte noch keine vollständigen Zahlen zu verkünden.

Endlich erscheint Ledebour auf der Bühne, mit stürmischem Beifall empfangen, und verkündet unter nicht endenwollendem Jubel das genaue Resultat.

Diese Wahl, insbesondere der Ausgang der konservativen Stimmen um ein volles Drittel, sei die Quintessenz des Volks für die 12000 Mark!

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.) In dem starken Rückgang des Centrum prägte sich die Antwort der katholischen Arbeiter auch für die 12000 Mark!

Die Freisinnigen haben bei dieser Wahl ihren Vankrott erklärt! (Stürmisches Bravo!) Mühen die Wahllokale nicht schon um 8 Uhr geschlossen sein, dann wäre das Resultat noch weit günstiger.

Dem er habe selbst gesehen, wie Hunderte, von der answärtigen Arbeit kommend, ihr Wahlrecht nicht mehr ausüben konnten.

Korrespondenzlich werde bei der kommenden Wahl die Beteiligung eine stärkere sein! Bis dahin aber müge man bemüht sein, insbesondere die politische Organisation durch Vermehrung der Mitglieder kräftig zu fördern!

Die gewaltigen Kämpfe, welche unserer Partei bevorstehen, die Gegenwehr, die Widerstandskraft, die erfordert eine starke Partei zu sein.

Rur die Unterstützung der beehrtesten Klassen sozialdemokratischer Männer und Frauen, die erfüllt sind von den revolutionären Grundsätzen der Partei, verleiht den sozialdemokratischen Abgeordneten die Kraft, die Kämpfe der Gegenwart erfolgreich zu bestehen und hinzuarbeiten auf den endgültigen Sieg der Partei!

(Stürmischer langanhaltender Beifall.) Dr. Karl Liebknecht ermahnte ebenfalls die Genossen, trenn aus-

zuharren und unter den bisherigen Grundsätzen weiter zu kämpfen. (Ausharrender Beifall.)

Nach brandenden Hochrufen auf Ledebour und Liebknecht schließt Eugen Ernst, nach einer kurzen Ermahnung zum Anschluß an die Wahlvereine, die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, in welcher die Anwesenden begeistert einstimmten.

Unter Abfingen der Parolhaisse verließen die Teilnehmer den Saal. In Weimanns Volksgarten, Moabit, hatten sich über 2000 Personen eingefunden, um möglichst frühzeitig das Ergebnis des Wahlkampfs zu erfahren.

Eine freudige, siegesfähige Stimmung beherrschte die Versammlung. Gruppenweise wurden die Ereignisse des Tages schon vor Beginn der Versammlung eifrig diskutiert und diejenigen Genossen, die „dabei waren“, und das war ja die große Mehrzahl der Versammelten, erzählten von den Vorgängen, die sich da und dort abgespielt und von den verschiedenartigen Wahrnehmungen, die sie bei diesem Kampfe gemacht haben.

Ein kurzes Referat des Genossen Kiesel, in dem er auf die verschiedenen ungünstigen Umstände hinwies, mit denen unsere Partei in dieser Wahlkämpfe zu rechnen hatte und in dem er die Politik der herrschenden Klasse sowie das Verhalten der bürgerlichen Parteien einer herben Kritik unterzog und schließlich zur regen Agitation und Organisation aufforderte, fand lebhafteste Zustimmung.

Als sodann das Wahlergebnis bekannt gemacht wurde und die Zahlen die ungeheure Niederlage des ultrareaktionären Reichstagskandidaten offenbarten, löste lauter, langanhaltender Jubel durch den Saal. Mit begeisterten Hochs auf die Sozialdemokratie und den nunmehr gewählten Vertreter des Kreises, Georg Ledebour, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Vermischtes.

Cyber schwerer Pflückerfüllung. Ein Fischer aus Wilm hat auf Blauort-Sand 3 Leiden mit Nordwesten gefunden.

Neber einen neuen Pestfall wird aus London gemeldet: Ein Mann, der vor kurzem mit einem von den Philippinen eingetroffenen Dampfer ankam, wurde in des Hafenspital nahe der Rheinmündung gebracht; er leidet an Pest.

Revolte in einem Blindeninstitut. In dem Budapest Blinden-Institut überfielen nachts mehrere Jünglinge den Direktor. Der durch den Lärm herbeigerufenen Dienerschaft gelang es mit Mühe, den Direktor vor schweren Mißhandlungen zu schützen.

Ein Fehlbetrag von 100 000 M. wurde dem „Verl. Tagebl.“ zufolge in der Kirchenkasse der Madener Peterskirche erbeutet. Der bisherige Reudant, ein Kadelfabrikant, ist kürzlich verstorben; seine Witwe befindet sich im Konkurs.

Witterungsbericht vom 31. Oktober 1900, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur, Windrichtung, Windstärke. Rows include Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Leipzig, Dresden, etc.

Wetterprognose für Donnerstag, den 1. November 1900. Grundst. etwas höher, ziemlich heiter bei mäßigen südlichen Winden; nachher neue Gewitter, Trübung und etwas Regen.

Marktpreise von Berlin am 30. Oktober 1900

Table with 4 columns: Ware, Einheit, Preis, etc. Includes items like Weizen, Roggen, Hafer, etc.

Produktenmarkt vom 31. Oktober. Getreide. Der heutige Verkehr war wenig verändert und still. Gegenüber besseren amerikanischen Weizenmüllern verblieben fortbauendes inländisches Angebot sowie rentable russische Roggenofferten.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 31. Oktober 1900. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf fanden: 925 Rinder, 1567 Kühe, 1742 Schafe, 10173 Schweine.

Verlauf und Tendenz. Vom Rinderaustritt blieben ungefähr 550 Stück unverkauft. Der Kalbermarkt gestaltete sich langsam. Bei den Schafen fand nur etwa ein Drittel des Auftriebs Abzug.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. Briefe, welche nicht in der Redaktion ankommen, werden nicht beantwortet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, d. 1. November. Opernhaus. Der Bärenhäuter. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Kabale und Liebe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: Faust. Von Goethe. Der Tragedie II. Teil.

Palast-Theater

früher Foan-Palast, Burgstr. 22. Ab 1. November: Gr. Konkurrenz-Programm! Neu! 8 1/2 Uhr! Neu!

IRANIA

Taubenstr. 48/40. In Theater abends 8 Uhr: Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Paris.

Apollo-Theater.

Riccardo und Benedetta Miss Madge Ellis The Woltons Alfred-Truppe Sennorita Chavita

Metropol-Theater.

Zum 114. Male: Verkehrte Welt! Burleske Lustspieloperette in 6 Bildern mit der hochorigi-nellen, prachtvollen

Central-Theater

Zum 524. Male: Die Geisha. Operette in 3 Akten von S. Jones. Anfang 7 1/2 Uhr.

Les 9 Colibris

die kleinsten Menschen der Welt. Zum Schluß zum 41. Male: CHINA.

Passage-Theaters

Eröffnung des Passage-Theaters und Einführung der D. Vorstellungen (Dauer-Vorstellungen) am Sonnabend, 3. Novbr. mittags 12 Uhr

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke. Täglich 4 ausländische Kapellen 4 Gr. Theater-Vorstellung.

Sanssouci

Kottbuserstrasse. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Nordd. Sänger.

Cirkus Busch

Donnerstag, den 1. November etc., abends 7 1/2 Uhr: Grand Soiree Equestre. Beginn der Pantomime 10 Uhr.

Central-Theater

Die Geisha. Operette in 3 Akten von S. Jones. Anfang 7 1/2 Uhr.

Les 9 Colibris

die kleinsten Menschen der Welt. Zum Schluß zum 41. Male: CHINA.

Passage-Theaters

Eröffnung des Passage-Theaters und Einführung der D. Vorstellungen (Dauer-Vorstellungen) am Sonnabend, 3. Novbr. mittags 12 Uhr

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke. Täglich 4 ausländische Kapellen 4 Gr. Theater-Vorstellung.

Sanssouci

Kottbuserstrasse. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Nordd. Sänger.

Cirkus Busch

Donnerstag, den 1. November etc., abends 7 1/2 Uhr: Grand Soiree Equestre. Beginn der Pantomime 10 Uhr.

Sechster Wahlkreis (Schönh. Vorstadt). Grosses Herbst-Vergnügen

veranstaltet von socialdemokrat. Parteigenossen der Schönhäuser Vorstadt
am Sonnabend, den 3. November 1900, abends 8 Uhr,
im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7-9,
bestehend aus Konzert, künstlerischen Aufführungen und Tanz.
NB. Da das Komitee keine Mühe und Kosten gescheut hat, um den Parteigenossen etwas
Gutes zu bieten, so erwartet recht zahlreichen Besuch
Das Komitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 1. November 1900, abends 8 Uhr,
bei Mann, Strahlsbergerstrasse 3:
Branchen-Versammlung
der Näh- und Damenschreibtschneider.
Tages-Ordnung:
1. Besprechung über die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse in der Branche.
2. Verschiedenes.
Es ist Pflicht, daß sämtliche Kollegen der Branche in der Versammlung
erscheinen. 109/10

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Hfer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Donnerstag, den 1. November cr., abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15:

Allgemeine Vertrauensmänner-Konferenz.

Sonnabend, den 3. November cr.:

Herbstvergnügen

für die Werkstätt-Vertrauenspersonen des Verbands
im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15.
Grosses Konzert des Berliner Sinfonie-Orchesters.
Dirigent: Kapellmeister Robert Moser.
Singschulchor des Berliner Männer-Doppelquartetts „Harmonie“.
Nachdem: Grosser Ball.
Während der Kaffeepause: Komische Vorträge.
Beginn des Konzerts präc. 8 1/2 Uhr. Entree inkl. Garberode und Tanz 50 Pf.
Billets sind bei den Kassieren und im Verbandsbureau zu haben.
Die Bibliothek wird Montag, den 5. November eröffnet.
121/6 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kupfer Schmiede. Achtung!

Sonnabend, 3. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Hfer 15 (Saal VIII):

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. 2. Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Der Vorstand. 8186

Anker Brikets
Anerkannt vorzüglichste Qualität!
Zu haben in allen besseren Kohlenhandlungen!
Anerkannt vorzüglichste Qualität!
Zu haben in allen besseren Kohlenhandlungen!

Prima Harte 64150*
Schlackwurst a Pfd. 110 Pf.
mager. Speck, dießige Schlachtung 65 Pf.
bei 5 Pfd. a Pfd.
Speck, fett, bei 5 Pfd. a Pfd. 60 -
Landhäuten, echt österr. in
ganz u. halb a Pfd. 90 Pf.
Käse:
J. Striepling, Straße 163.
2. Geschäft: Invalidenstr. 147.

Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Bengel 18, Große
Frankfurterstr. 133, Postpart. - SO.: Fritz Thiel, Stallstr. 35 v. part. -
Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Kuder, Salzweiden-
straße 8, part. im Laden. - Wedding und Oranienburger
Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 41/42. Gesund-
brunnen: Wilhelm Gahmann, Oranienburgerstr. 65. - Rosen-
thaler Vorstadt und Schönhäuser Vorstadt: Karl Marx,
Kastanien-Allee 95/96. - Charlottenburg: Gustav Scharnberg,
Seifenmeisterstr. 1, Ecke Goethestr. v. 1. Treppe. - Deutsch-Wilmers-
dorf: Th. Müller, Berlinerstr. 132/133, rechter Seitenfl. und Th. Ridel,
Auguststr. 3, v. L. Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Carl Weiß,
Berlin O., Frankfurter Allee 177. - Grönau: Engel, Dahmstr. 6. -
Kixdorf: Ostermann, Gröfstr. 6. - Schöneberg: Wlth. Baumler,
Koppestr. Paulstr. 13, Quergebäude Dachp. - Ober-Schöneweide:
Otto Jahn, Wilmersdorferstr. 18. - Nieder-Schöneweide:
Carl Weber, Cigarren-Geschäft - Johannisthal: Paul Mann,
Friedrichstr. 39, I. - Adlershof: Emil Bollmann, Seckowstr. 14.
Cöpenick: Franz Weber, Cigarren-Geschäft, Grünauerstr. 1. -
Friedenau-Steglitz: O. Bernice, Rischstraße 15 in Friedenau.
Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: O. Mohr, Dippelstraße 8,
und Fr. Schellhase, Ahornstraße 1a. - Baumschulenweg:
Stoß, Gröfstr. 2 II. - Neu-Weissensee: Heinrich Bach,
Mann, Pöhlstr. 1, part. links. Rummelsburg: Jörgert, Prinz
Albstr. 6a.
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen
Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für
den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Es wird dringend ersucht, dem bisherigen Expeditoren
rechtzeitig von der Wohnungsveränderung Mitteilung
zu machen, da die Expeditoren verpflichtet sind, die Adressen
an die zuständigen Bezirke abzugeben.

Max Kliems Festsäle, Hasenheide 13-15.
Jeden Donnerstag:
Im neuen Festsaal: Große Soiree der „Norddeutschen Sängler“
Blumenmann, Steinhardt, Stangenberg etc.
Kaffeeöffnung 7 Uhr. Nach der Soiree: Tankkränzchen.
Jeden Sonntag: Grosses Militär-Sirech-Konzert.
Anfang 6 Uhr. Max Kliem.
Empfänge meine 3 Säle: 1200, 1000 und 500 Personen fassend, Vereinen
und Gesellschaften. 57062*

van Houtens Cacao
1/2 Kilo genügt für 100 Tassen
Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den
täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist.
Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlschmeckend, leicht ver-
daulich und stets schnell bereitet. Van Houtens Cacao wird nur
in den bekannten Blechbüchsen, niemals lose verkauft, da bei
losem ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.

In Berlin wird van Houtens Cacao tassen-
weise ausgeschänkt in van Houtens Cacao-
Stube Werderstr. 7, Pferdebahnhofstalle.

Arbeits-Bekleidung
für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlichter, Konditoren, Friseur
En gros - Detail. 8617L*
D. Wurzel & Co.,
Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.

Salontepich, Möbelstoffe!!
auch Reite! alle Dual, selten billig!
Galionsholtskauf:
Mocqueté-Pflüße 5,33 M.
per Meter (130 cm breit). 199*
Ruster b. näherer Angabe franco.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

Jede Dame lese!
Kleidermuster, ausst. Modelle.
Jadets, Schwarz u. farb. v. 12. 6.00
Jadets a. Sde, eleg. verarb. v. 12. 10.50
Wolf-Kragen, far. u. einf. v. 12. 5.00
Frauencape, 90-100cm l. v. 12. 12.00
Hosenmäntel, farb. u. farb. v. 12. 6.50
Damen-Mäntel-Fabrik
Soydelestr. 2, 1. Tr. am Spittelmarkt.
Abends bis 9 Uhr. Sonntags 8-10
und 12-2 geöffnet. 58700*

Freie Volksbühne.

Ordner-Sitzung heute abend 8 1/2 Uhr
im Restaurant Sticher.
Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr:
Carl Weiss-Theater: Ueber unsre Kraft. VII. Abteilung.
Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.
Die III. Serie der Vorstellungen beginnt am 11. No-
vember, nachmittags schon um 2 1/2 Uhr
(wegen langer Dauer derselben) mit dem II. Teil von Björnsons
Ueber unsre Kraft.

Winterfest zum 10-jährigen Bestehen der Freien
Volksbühne am Sonnabend, den
17. November, abends 8 1/2 Uhr, in der
Brauerei Friedrichshain (nur für Mitgl.).
Lyriker-Abend: Recitationen, Kammermusik, Vokalkonzert,
ausgeführt von allerersten Gesangskünstlern.
Nach dem Konzert: Tanz.
Marken a 50 Pfg. sind in allen Zahlstellen erhältlich.
Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, dass
sie nur die Vorstellung ihrer Abteilung besuchen
dürfen. Nachzügler haben kein Anrecht auf einen
Platz im Theater und können besonders in der
VII. Abteilung nicht berücksichtigt
werden, da dieselbe gefüllt ist.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Die beliebtesten
Wohlfahrts-
Loose à Mk. 3.30 (Porto und
Liste 30 Pf.
extra)
zu Zwecken der
deutschen Schutzgebiete.
Ziehung 29. November u. folg. Tage
zu Berlin.
16 870 Geldgewinne, zahlbar
ohne Abzug im Betrage von M.
575,000
Haupt-
Gewinn 100,000
Haupt-
Gewinn 50,000
Haupt-
Gewinn 25,000
Haupt-
Gewinn 15,000
2 à 10 000 - 20 000
4 à 5 000 - 20 000
10 à 1 000 - 10 000
100 à 500 - 50 000
150 à 100 - 15 000
600 à 50 - 30 000
16 000 à 15 240 000
Loosanzahl 80000. - Versand geg.
Postanweisung oder Nachnahme
durch General-Debit: Bankgeschäft
Lud. Müller & Co.
in Berlin, Breitestr. 5 und
Hamburg, Nürnberg, München.
Telegr.-Adr.: Glücksmüller.
Bühne die besten
von 2 Mk. an.
Reparaturen in 2 Stund.
Zahnschmerzlos!
Plombieren. Spreng 8-8.
Wundenstrasse 25,
Ecke Markstraße.
H. Lange, 37282*

Anker-Briketts
Friedr. Daniel u. Co.
Berlin W. S., Leipzigerstr. 29.
Möbel
und Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrik-Preisen.
Eigene Werkstätte im Hause. 136002*
Tischdecken,
Bukow, Invalidenstr. 13.
Lager: Poststr. u. I. Eing.

Herren-Vortrag
Karl Bruckhoff, Friedrichstr. 10,
über: „Eugen. unheilbare Männer-
leiden.“ Freitag, den 2. November,
abends 8 1/2 Uhr, im Bellevue-
Kaffee, Bellevue-Platz 87.
Für Herren! Eintritt frei! Reine
Teller-Sammlung! 8156

Möbel
Special-Geschäft für
bürgerliche Einrichtungen
Fr. C. Schulz vorm. A. Rienz,
Landbergerstr. 41, 1. Teilzahlung.
Stets frisch und geschlachtet:
Hirschfleisch 25, 40 Pf.
Blatt 50.
Hasen - große Kaninchen.
Oderbr. Gänse 55 und aus-
geschlachtet.
Gänselein, Hühner, Enten, Tauben,
A. Ritschi, Trebbenerstr. 61.

Möbel
von 37282*
Fran Kokosky,
Steinmühlstr. 48, Quergeb. hochpart.

Fortdauer des Total-Ausverkaufs

meines seit 10 Jahren bestehenden Geschäfts wegen Auflösung!

Mein Vorsatz ist: Bald zu räumen und stelle ich daher sprachlos billige Preise!
Ueberzeugen Sie sich von der Billigkeit!

Ungeheure Mengen Reste in Kleiderstoffen, Seide, Leinen- und Baumwoll-
waren, Barchend, Inlett, Handtuch etc. Zu jedem nur annehmbaren Preise.
Z. B. Kleiderstoff-Reste früher 6 - u. 7,85 8.50 u. 15.75 11.75 15.50 17.25 22 u. 24 Mk.
jetzt 2,40 3,60 u. 6,50 4,75 8,00 10,50 9,75 bis 13,00 Mk.

Kaufhaus M. Schneider Nachf., Berlin O., Alexanderstr. 14a,
vis-à-vis der Blumenstrasse,
3 Minuten von der Jannowitzbr.

A. Jandorf & Co

C. Spittelmarkt 16/17. SW. Leipzigerstr. 64. SW. Belle-Alliancestrasse 11

Tapissiererei.



Besenhandtuch aus Fischerlein., mit roth oder blauer Einfassung, in Kreuz- oder Stielstichmuster. 1,55 M.



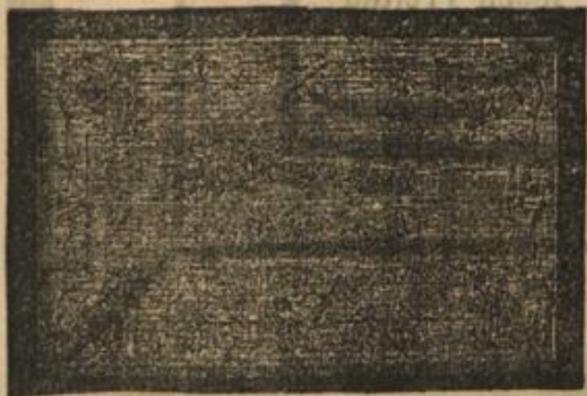
Küchen-Paradehandtuch grau, mit eingewebter Bordüre und Franzen, vorgez. Stück 70 Pf.



Stopfbentel aus grauem Stoff, garnirt, Kreuz- oder Stielstich, vorgez. Stück 70 Pf.



Nachttischdecken ca. 85/85, mit Saum, vorgez. St. 35 Pf.
do. mit Spitzen garn. St. 38 Pf.



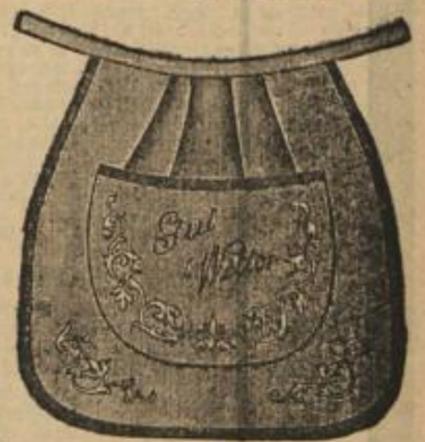
Küchentischdecke aus Fischerlein., roth oder blau garnirt, Kreuz- oder Stielstich, Stück 85 Pf.

- Frühstücksbentel**, Fischerlein., St. 10 u. 12 Pf.
- Brodentel**, Fischerlein., St. 24 u. 35 Pf.
- Frühstücksbentel**, Fischerlein., roth oder blau garnirt, Stück 38 Pf.
- Brodentel**, Fischerlein., blau oder roth garnirt, Stück 75 Pf.
- Plättbrettbezüge**, Fischerlein., St. 1,10 M.
- Plättbrettbezüge**, Fischerlein., garnirt, Stück 1,05 M.
- Schuhentaschen** aus grauem Stoff, garnirt, Stück 40 Pf.
- Taschen** für Lampenputzmaterial, vorgezeichnet, Stück 75 Pf.
- Küchen-Paradehandtuch**, weiss mit Franzen, Stück 60 Pf.
- Tischläufer** mit Saum, vorgezeichnet, Stück 50 Pf.
- Tischläufer** mit 2x Saum, vorgezeichnet, Stück 1,10 M.
- Waschtischgarnitur**, net, St. 38 Pf.
- Wäschebentel**, grauer Stoff, m. roth oder blau garnirt, Stück 95 Pf.
- Wäschebentel**, weisser Stoff, mit roth garnirt, Stück 1,10 M.
- Kissen mit Rückwand** garnirt, vorgezeichnet, Stück 35 Pf.
- Kissen**, grau oder crème Stoff, m. Volant, vorgezeichnet, Stück 1,05 M.
- Wandschoner**, garnirt, crème Stoff, vorgezeichnet, Stück 1,10 M.
- Wandschoner**, vorgezeichnet, Stück 35 Pf.
- Nachttaschen** mit Spitzen garnirt, Stück 55 Pf.
- Nachttaschen** mit Stickereivolant, Stück 90 Pf.
- Decken**, Reinleinen, vorgez., Gr. 50/50 65 Pf.
- Decken**, Reinleinen, vorgez., Gr. 60/60 75 Pf.
- Obstservietten** m. Franze, grau od. weiss, 10 u. 12 Pf.

- Fenstermäntel** aus Fries Stück 4,50 M.
- Tischläufer** aus Filz, vorgez. 1,10 M.
- Steppdeckenhalter** aus Filz, mit Stab Stück 1,75 M.
- Bürstentaschen** aus Filz, vorgezeichnet, Größe 1 2 3 28 Pf.
- Journalmappen** aus Filz, vorgez. 70 90 1,10 M.
- Journalmappen** mit Plüschapplication, Größe 1 2 3 68 75 90 Pf.
- Schlüsselhalter** aus Filz, mit 6 Haken St. 38 Pf.
- Frühstücksbentel** fertiggestickt 48 Pf.
- Brodentel** fertiggestickt 1,25 M.
- Tischläufer** aus Javastoff, fertiggest. 2,85 M.
- Taschentuchbehälter** aus Congress-Stoff, fertiggestickt. . . . 48 Pf.
- Tischdecke** aus Javastoff, fertiggest. 2,85 M.
- Waschtischgarnitur**, gehäkelt, 4theilig 75 Pf.
- Nadelkissen** aus Congress-Stoff, fertiggest. 15 u. 23 Pf.
- Staubtuchbentel** aus Congress-Stoff, fertiggest. 23 Pf.
- Rückenkissen** aus Filz, fertiggest. 2,65 M.
- Rückenkissen** aus Filz, mit Volant, fertiggestickt 3,45 M.
- Rückenkissen** Plüsch, elegante Ausführung 3,45 M.
- Löffelkörbchen** mit gest. Einlage 18 u. 20 Pf.
- Staubtuchkiepen**, garn. m. Wedel 48 u. 85 Pf.



Vogelbauerdecken aus Fischerlein., roth oder blau garn., Kreuz- oder Stielstich St. 1,03 M.
Dieselben, ungnarnirt 55 Pf.



Klammerschürzen, grauer Stoff, garnirt . . . Stück 85 Pf.
Klammerschürzen, ungnarnirt . Stück 28 Pf.



Japan. Bredkorb m. Spitzen-garnirter Einlage, Stück 28 Pf.



Rückenkissen, fert. gestickt, eleg. Ausführung, St. 3,65 M.



Markenkästchen Plüsch, div. Farben, vorgezeichnet, St. 30 Pf.
Löcher in Plüsch, fertig gestickt, grau vorgez. „ 23 „ 48, 68 Pf.

Besonders preiswerth.
Eisdeckchen „Pointlace“
in schönen Mustern, Stück 25 Pf.

Besonders preiswerth.
Eisdeckchen
mit Seidenstickerei, Stück 18 Pf.



Nadelkissen, Früchteform



Stück 23 Pf.



Stück 23 Pf.



Plüsch - Kästen, vorgezeichnet.

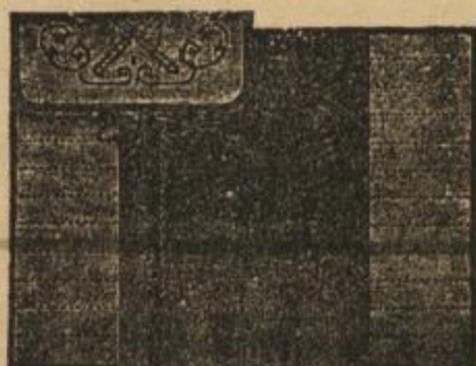
- Kragenkasten 0,65 u. 1,00 M.
- Manschettenkasten 0,90 u. 1,25 M.
- Kragen- u. Manschettenkast. 1,15 u. 1,65 M.
- Cravattenkasten 1,15 u. 1,65 M.
- Handschuhkasten 1,15 u. 1,65 M.
- Taschentuchkasten 1,15 u. 1,65 M.

Plüsch - Kästen, fertig gestickt.

- Kragenkasten 0,65 und 0,75 M.
- Kragen- u. Manschettenkasten 1,25 und 1,75 M.
- Cravattenkasten 1,50 und 1,65 M.
- Taschentuchkasten . 1,25 und 1,50 M.



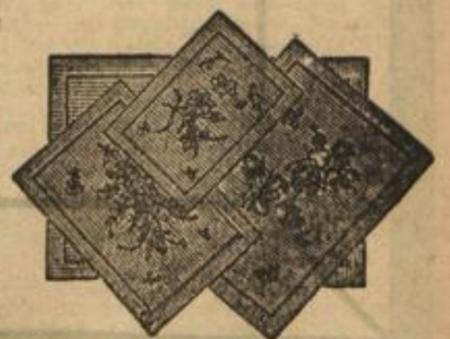
Nadelkissen. kl. m. gross 14 16 20 Pf.



Messer- u. Gabeltasche für 1 Dted. Paar, in grauem Stoff, roth oder blau gefüllt, St. 1,15 M.
in Filz, mit roth gefüttert. . . . St. 1,25 M.



Nadelkissen. kl. m. gross 23 28 35 Pf.



Tablettdecken mit Saum, vorgezeichnet. Größe 1 2 3 4 9 13 16 23 Pf.

Tokales.

Für die Lösung der Wohnungsfrage auf dem Wege der Wohltätigkeitsbetriebe ist dem Magistrat eine zwar harte, aber gerechte Anerkennung geworden. Kasperle in der „Deutschen Tageszeitung“ ist nämlich über den Abberitenstreich vor Freunden ganz aus dem Häuschen. Er schlägt folgenden Vorschlag vor:

Der Inhalt des Beschlusses ebenso wie seine Form können befriedigen. Jezt der Magistrat einerseits socialpolitische Verständnis, so weiß er andererseits weises Maßhalten damit zu verbinden, — und darin liegt der Wert. Die demokratische und die manchesterliche Presse ist mit dem Beschlusse nicht zufrieden; sie nennt die Million einen Tropfen auf einen heißen Stein. Selbst mit einer Million lassen sich in Berlin nicht viele Wohnungen bauen. Klein: hat die Stadt Berlin die Verpflichtung, für jeden Pennbruder, der einst leichtsinnig seine sichere Heimstatt in der Provinz verließ, eine Wohnung zu beschaffen? Nein! Soweit darf und kann die sociale Fürsorge nicht ausgedehnt werden. Würde sie es, so könnten an den Folgen daraus selbst ihre Befürworter erschrecken. Wir wollen gern anerkennen, daß für die städtische Verwaltung die moralische Verpflichtung besteht, in der jetzigen Zeit der Wohnungsnot für das Unterkommen obdachloser ordentlicher Familien zu sorgen, aber eine ständige und gar rechtliche Verpflichtung ist unter keinen Umständen erheben. So hätten wir bald die tollste Anarchie in des Reiches Hauptstadt. Der Magistrat ist weit genug gegangen, jedoch nicht zu weit. Dafür gebührt ihm Anerkennung.

Der „Deutschen Tageszeitung“ gefeilt sich die „Berliner Morgenpost“ zu, die von dem Scherz im Noten Hause sagt, daß er — den Wünschen der Bevölkerung entspricht. Aspekte schlägt wenigstens seine Kurzelräume im agrarischen Verstand, und der Magistrat könnte ihm dafür die Anerkennung jollen, daß er die ausgelegte Million zum filden Kanthischer Strohdächer spendet. Anders liegt es bei der Scherz-„Morgenpost“, deren Entgleisung aus der vorgezeichneten radikalen Bahn nur dadurch zu erklären ist, daß etwa ein für den Sozial-Anzeiger bestimmter Schriftsatz versehentlich in ihre Spalten geraten ist.

Verlustliste vom Straßenbahn-Kriegsschauplatz. Die Zahl der von der Großen Berliner Straßenbahn Tot-gefahren hat sich leider auch im Monat Oktober nicht vermindert, so sie übersteigt noch die für das letzte Vierteljahr festgestellte monatliche Durchschnittsziffer. Es wurden im abgelaufenen Monat von den Wagen der Großen Berliner überfahren und getötet: am 7. Oktober der Arbeiter Knop, am 18. der Arbeiter Böllmann, am 18. der Maurer Gadow, am 22. der schwerhörige Arbeitmann Stark und der Drohschiffstischer Dresse, am 24. ein 10-jähriger Knabe, der in Begleitung seiner Mutter den Damm in der Potsdamerstraße überqueren wollte, am 25. ein 18-jähriger Knabe und am 29. der 42-jährige Schneider Gottlieb Kolbe, insgesamt 8 Personen. Außerdem wurden 10 Personen schwer verletzt, darunter 3 lebensgefährlich, ein Arbeiter S., der Photograph Lindemann und ein junges Mädchen, das bei einem Zusammenstoß der Straßenbahn mit einem Geschäftswagen verunglückte. Die Zahl der Leichtverletzten betrug 9 Personen und ist erheblich geringer, wie die Durchschnittsziffer der Leichtverletzten in den letzten drei Monaten. Insummen mit der von und bereits veröffentlichten Statistik der Opfer der Großen Berliner im vorigen Quartal, stellt sich die Gesamtzahl der Toten seit 1. Juli d. J. auf 28, die der Schwerverletzten, von denen einige ihren Wunden erliegen sind auf 54. Bezeichnend ist, daß auf den von der Firma Siemens u. Halske betriebenen Straßenbahnlinien, die allerdings weniger verkehrsreiche Gegenden durchlaufen, in dem gleichen Zeitraum nur 2 Personen totgefahren wurden.

Kommunal-Antisemitismus beim Radl. Gegen den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung, die Wahl des socialdemokratischen Stadtverordneten Glöde (44. Kommunal-Wahlbezirk) als gültig anzuerkennen und den eingeleiteten Protest zu verwerfen, haben die Erheber des Protestes, die Herren Bleske und Lehmann, Klage beim Bezirksauswahlgewicht für den Stadtkreis Berlin erhoben. Die Klage gelangte gestern vor der II. Kammer des Bezirksgerichts zur Verhandlung. Wie diese ergab, hat Herr Lehmann seine Klage zurückgezogen. Der Vertreter des Klägers, Herr Rechtsanwalt Ulrich, beantragte die Aufhebungserklärung des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung, während der Vertreter der letzteren, Herr Stadtverordneter Rechtsanwalt Söck, um die Zurückweisung der Klage ersuchte. Im Falle jedoch das Gericht in eine Zeugenermittlung einzutreten beabsichtigt, beantragte er auch die gerichtliche Vernehmung derjenigen Zeugen, die bereits vor der Wahlprüfungskommission der Stadtverordneten-Versammlung ihre Aussagen gemacht haben. Nach längerer Beratung beschloß das Bezirksgericht, die Angelegenheit zu vertagen und einen Zeugentermin anzubekommen.

Zu den Kirchenwahlen schreiben die „Berl. Neuesten Nachr.“: „Wie wir hören und wie Flugblätter auch beweisen, hat sich diesmal eine Agitation unter der Arbeiterbevölkerung geltend gemacht, um die Socialdemokraten zur Beteiligung an den Kirchenwahlen zu bewegen. Wie groß der Erfolg dieser Bemühungen ist, entzieht sich vorläufig natürlich noch der Kenntnis. Aber aus der Aufzählung, Verhöhnung, und Christus-Gemeinde werden bereits einige unzweifelhafte Fälle gemeldet, in denen sich socialdemokratische Arbeiter in die Wählerlisten haben eintragen lassen. In der Christus-Gemeinde hat sich ein „Arbeiter-Comitee“ gebildet. Dieses Flugblatt — ganz im Tone socialdemokratischer Manifeste gehalten — sagt u. a.: heißt einen Schuß nach aufwärts gegen die immer dreister auftretenden Bestrebungen zur Aemderung der Weiser, zur Verminderung des Volks, zur Alleinherrenschaft des Volkesgeistes auf allen Gebieten. Wer sind die Vorkämpfer? Sie sind Handlanger der Reaktion, die kein andres Gebot kennen als den Willen des Mächtigen. An ihren Brüdern soll ihr Erkennen! Denkt an die Verkümmernng des Sonntags, Kurzes einzigen Erholungsstages nach harten Arbeitstagen, denkt an die Belastung der Bürgerchaft durch die Kirchensteuer! Soll's bei dieser Höhe der Kirchensteuer bleiben? Mit nichten! Die Steuer muß herabgesetzt werden. Denkt an die hohen Begräbnisgebühren. Sie müssen ermäßigt werden usw. In dieser Tonart geht es fort.“

Dergu haben wir zu bemerken, daß aus socialdemokratischen Arbeiterkreisen heraus sich das erwähnte Arbeiterkomitee jedenfalls nicht gebildet haben wird. Die Kirchenbehörde ist gefestigt genug, die Anlässe, die für Arbeiter so schon zum formellen Austritt aus der Kirche gegeben sind, nicht noch durch Erhebung einer proletarischen Kirchensteuer zu vermehren. Und im übrigen ist bekanntlich in der Klassenbewegung Arbeiterchaft keinerlei Interesse für kirchliche Angelegenheiten vorhanden, sobald die Verhältnisse der Liberalen, Socialdemokraten als Hülfsgruppen gegen die Orthodoxen herangezogen, bis jetzt ohne jeglichen Erfolg geblieben sind.

Thürliche Scherze. Selbst in die gestrige Reichstags-Ergebniswahl hat der Königer Prozeß hineingespielt. Einige Spagobdel haben die Gelegenheit benützt, um ihre Stimmen für belannte Königer Prozeßgruppen abzugeben. So erhielt der des Reichs angeklagte Major zwei Stimmen. Die Zettel lauteten übereinstimmend: „Der alte ehrliche Major“. Eine Stimme wurde für den Abgeordneten Dr. D. Zorn abgegeben. Auch der Vincenz-Klub erhielt eine solche. Ebenso fielen auf den Reichsgrafen Rüdiger-Al. Düring mehrere Stimmen und eine Stimme erhielt der Präsident der französischen Republik, Doude.

Durch einen überreifen Schuhmann wurde einem unserer Berichterstatter am Dienstagabend der Eintritt in eine bereits abgesperrte Versammlung verweigert und ihm somit die Ausübung seiner Berufspflicht unmöglich gemacht. Unser Berichterstatter schreibt uns darüber: „Als ich am Dienstagabend die Versammlung in Weimanns Saal in der Badstraße besuchen wollte, fand ich das Lokal bereits polizeilich gesperrt und die Saalthür durch zwei Schupleute besetzt. In solchen Fällen ist mir bisher jedesmal, nachdem ich mich bei dem dienstthuenden Lieutenant oder Wachtmeister als Vertreter des „Vorwärts“ ausgewiesen hatte, der Eintritt ohne weiteres gewährt worden. Es entspricht dies auch den Intentionen des Ministeriums des Innern, welches vor etwa zwei Jahren dem Verein Berliner Journalisten auf eine Eingabe geantwortet hat, daß Polizeipräsident sei angewiesen worden, Vertretern der Presse, wenn sie sich den Polizeibeamten gegenüber als solche ausweisen, den Eintritt in abgesperrte Versammlungsorte zu gestatten. — Am Dienstagabend gelang es mir nicht, den Schuhmann 4008, der die Saalthür besetzt hielt, zu überzeugen, daß er mich hineinlassen dürfe. Obgleich ich mich als Vertreter der Presse dem Schuhmann gegenüber legitimierte, obgleich ich den Beamten auf den genannten Entschluß des Ministers hinwies, wurde mir der Eintritt verweigert. Da ein Wachtmeister oder Lieutenant, dem ich mein Anliegen hätte vortragen können, nicht in der Nähe war, so mußte ich mich der Zurückweisung durch den Schuhmann fügen.“

Ein solcher Fall ist mir während meiner mehrjährigen Thätigkeit als Berichterstatter, namentlich auch während der jetzigen Wahlbewegung im letzten Kreise, wo ich fast immer vor abgesperrten Versammlungsorten erschien, noch nicht passiert, und ich glaube daher, die Erwähnung dieser Angelegenheit wird genügen, um die Wiederholung solcher Fälle, welche die Versammlungs-Berichterstattung illusorisch machen, zu verhindern.“

Dem oft gerügten Mangel an Bedürfnis-Anstalten für Frauen und Kinder hat die städtische Bauverwaltung im Etatsjahr 1899, wenn auch nur in geringen Maße, Rechnung getragen durch Herstellung solcher Anstalten in den Anlagen des Mariannen-Platzes, des Spielplatzes an der Gartenstraße, des Humboldthains an der Ostian-Weyer-Klee, des Friedrichshains an der Albinerstraße und des kleinen Tiergartens an der Stromstraße. Ferner wurde eine zweite Bedürfnis-Anstalt für Männer und Frauen im Treptower Park errichtet.

Auch die Barbier der Luisenstadt haben beschlossen, ihre Geschäfte mit Ausnahme der Sonnabende abends 9 Uhr zu schließen.

Für den Tiergarten war von der Ministerial-Deputation eine Verstärkung des Beschleunigungs-Fonds von 30 000 M. bei der Reichsdeputation in Anregung gebracht worden, der aus städtischen Mitteln alljährlich geleistet wird. Der Magistrat beschloß in gestriger Sitzung, diesen Antrag um bewilligen abzugeben, weil die Stadt Berlin außer jenem Beitrag noch sehr erhebliche Summen auf die Beleuchtung und Pflasterung von Wegen im Tiergarten sowie zur Entwässerung des gesamten Tiergartenlandes seit Jahren leistet und auch fernerhin andauernd aufwenden wird.

Die Masern-Epidemie im städtischen Obdach hat nunmehr die Einrichtung noch eines besonderen Saales im städtischen Krankenhaus Friedrichshain für die Kinder, welche von dieser Krankheit befallen sind, notwendig gemacht, da keine der Krankenhäuser im Centrum, im Norden und Osten der Stadt mehr im Stande ist, maffernkranke Kinder des Obdach unterzubringen. Zunächst konnten wieder 15-20 Kinder im Krankenhaus am Friedrichshain aufgenommen werden.

Der Plan der Verbreiterung der Charlottenstraße zwischen der Straße Unter den Linden und der Behrenstraße lag gestern der Tiefbau-Deputation vor. Mit Rücksicht auf die hohen Kosten und darauf, daß noch immer keine Aussicht vorhanden ist, es werde die Genehmigung zur Durchföhrung der Straßenbahn durch die Charlottenstraße über die Straße Unter den Linden hinweg erteilt werden, hat die Deputation beschlossen, von der Verbreiterung der Charlottenstraße abzusehen.

Prügel. Ein Duell fand dem „Berliner Tageblatt“ zufolge gestern früh in der Jungfernhede zwischen dem Fabrikbesitzer Schwierring und dem Kandidaten der Medizin Dr. Reumann statt, bei welchem letzterer einen Schuß in das rechte Bein erhielt. Die Ursache des Zweikampfs bildete ein Streit beim Spiel, der in Thätlichkeiten ausgeartet war. Hierzu wird noch mitgeteilt, daß am 8. Oktober eine Beleidigungssache zwischen beiden vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt wurde. Erst als diese nicht den von Sch. gewünschten Ausgang nahm, kam es zu der Herausforderung.

Der Aufräumar bedarf noch der Tod des 22 Jahre alten Hausdieners Eugen Kranich aus der Koblenstr. 11 a, der am Montagmorgen bewußlos aufgefunden wurde und im Krankenhaus am Friedrichshain abends um 7 Uhr starb. Kranich, der Sohn einer Witwe, arbeitete zuletzt in der Poststraße, war aber seit vierzehn Tagen ohne Beschäftigung. Am Sonntagabend um 8 Uhr ging er mit dem Schneider Hofmann und Remde, die bei seiner Mutter wohnten, aus und besuchte mit ihnen zunächst die Wirtshaus von Pucke in der Köster Wilhelmstraße und dann den „Komet“ in der Mühlstraße. Dort blieb er allein noch, als seine Begleiter um 11 1/2 Uhr nach Hause gingen. Um 3 Uhr morgens fanden ihn Pöfanten bewußlos vor dem Hause Kleine Alexanderstraße 26 liegen. Oben auf dem Hinterkopfe hatte er eine etwa drei Zentimeter lange Wunde, die von einem Sturz oder auch von einem Schläge herühren kann. Die Leute brachten den jungen Mann mit einer Droschke nach dem Krankenhaus, wo er starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. In den Kleidertaschen fand man noch das Portemonnaie mit 1 Mark 40 Pfennig, dagegen fehlt der Leberzeller, ein grüner Sommerüberzieher mit zwei Knöpfen und grünem Futter und der Hut.

Kranpffranke und infolge von Krampfanfällen bewußtlose Personen, welche auf öffentlichen Straßen hilflos aufgefunden werden, finden in den Krankenhäusern zumeist keine Aufnahme, weil sich diese Fälle vielfach als lediglich epileptische Charakterisieren. Um diesem Uebelstand abzuwehren, haben sich auf Wunsch der Behörden die Berliner Unfallstationen bereit erklärt, in 14 ihrer 23 Unfallstationen, in denen auch Einrichtungen für die Aufnahme Giffter und sinnlos Verwundener getroffen worden sind, auch den Krampffranken ein vorläufiges Unterkommen in besonderen Räumen, zu bieten und sie so lange zu überwachen, bis sich feststellen läßt, ob erste Krankheitserscheinungen vorliegen, welche unbedingte Aufnahme des Patienten im Krankenhaus erheischen.

Der Leichensund an der Seestraße, der am Sonntag zu jenem unbegründeten Gerücht über einen Mord Veranlassung gegeben hatte, hat nunmehr infolge seiner volle Aufklärung gefunden, als festgestellt ist, daß die Persönlichkeit der Leiche mit dem obdachlos gewordenen Arbeiter Karl Hoffmann thätlich identisch ist, wie man bekanntlich bereits vor der Obduktion der Leiche angenommen hatte.

Selbstmord eines Zweihundachtzigjährigen. Die Leiche eines unbekannt Manns wurde vor einiger Zeit in der Kirchenhof bei Postewall an einer Kiefer hängend gefunden. In dem Toten ist nunmehr der 82-jährige Rentier Jander aus Berlin relognoziert worden, der hier bei einer verheirateten Tochter gewohnt hatte und spurlos verschwunden war.

Durch eine Benzinexplosion wurden Mittwochnachmittag um 2 1/2 Uhr der Besitzer einer chemischen Wäscherei Schürmer am Rauscherplatz Nr. 14/15 und sein Hausdiener Bauer erheblich verletzt. Die Wäscherei liegt im ersten Stock des Seitenflügels im zweiten

Hofe in einem dreiflügeligen Räume. Dem Besitzer Schürmer lief nun, als er mit Bauer allein in dem Räume war, aus einem Ballon etwas Benzin auf den Fußboden. Als er die gefährliche Flüssigkeit mit einem Schneespatel aufwühlte, entzündete sie sich durch die Reibung, und die Flamme brachte zwei Benzinkanister zur Explosion. Mit einem lauten Knall geriet der ganze Raum in Brand, während das Fenster, das der Explosionsstelle am nächsten lag, mit dem ganzen Kreuz auf den Hof hinausflog. Schürmer wurde am Gesicht und den Händen, Bauer ebenfalls an den Händen so bedeutend verletzt, daß beide durch die Rettungswache am Görlicher Bahnhof nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußten. Das Feuer löschte ein Zug der Wehr aus der Remelerstraße in einer halben Stunde.

Von einem Geschäftswagen totgefahren wurde vorgestern nachmittag um 2 1/2 Uhr der 14-jährige Sohn Waldemar des Schneiders Waldemar Jost aus der Rügenstraße Nr. 8. Der Knabe sollte für seinen Vater einen Geschäftswagen machen und stand vor dem Hause Denningerstraße Nr. 36, an der Ecke der Brunnenstraße, als hier ein Droschkensperd durchging. Um diesem nachsehen zu können, ging er rückwärts auf den Fahrdamm der Denningerstraße, in die gerade ein Pferdebahnwagen einbog, während aus der anderen Richtung ein mit Säcken beladener Wagen gefahren kam. Jost achtete auf keinen der beiden, wurde von dem Pferde des Geschäftswagens umgestoßen und fiel so unglücklich, daß ihm das linke Vorderbein über die Brust ging. Nach zwei Minuten schon starb er auf dem Flur des Erdgeschosses. Den Knäueler trifft nach Aussage von Augenzeugen keine Schuld.

Feuer im Generalkassengebäude verursachte Mittwoch gegen Abend eine Alarmierung mehrerer Köchzige. Es war über der Heizungsanlage die Ballenlage in Brand geraten, der indes leicht abgelöscht werden konnte. Vorher waren Schuljendörferstr. 22 und Michaelstraße 1 und Niederwallstraße 23 kleine Wohnungsbrände zu beseitigen. Sophienstr. 8 hatte sich Celluloid entzündet und Regale in Brand gesetzt. Unbedeutende Brände erfolgten außerdem Schweinmünderstr. 49, Josephstr. 4 und Kollwitzstr. 68.

Am Donnerstag, den 1. November, beginnt in der Reihe der Vorträge, die die Verein für volkswirtschaftliche Kurse von Berliner Hochschulen in diesem Winter veranstaltet, Professor Dr. Bruns seine Vorträge über „Das Wetter und seine Voraussetzungen“ in der landwirtschaftlichen Hochschule, Invalidenstr. 42, und am selben Abend mit Geheimer Regierungsrat Dr. Stephan, Dozent an der technischen Hochschule, über „Allgemeine Rechts- und Gelehrtenkunde“ in der Aula des Französischen Gymnasiums, Reichstags-Platz 6, vortragen. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für jeden 6 Abende umfassenden Kursus sind zu haben bei: Georg Bellig, W. Leipzigerstr. 136; A. Sahl, O. Polmannstr. 60; Tischendörfer, O. Sophienstr. 20; Tronimische Buchhandlung, W. Leipzigerstr. 13; Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen, W. Köthenerstr. 23.

Aus den Nachbarorten.

Kirche und Krankenhaus. Man schreibt uns aus Schöneberg: Der Worte viele sind gesprochen, viele Artikel in den Tagesblättern geschrieben über die Notwendigkeit der Erbauung eines Krankenhauses. Im Stadtverordneten-Kollegium hat man zu wiederholten Malen vom Magistratsratliche aus als auch von den Stadtverordneten die Verfertigung gehört, doch man bestrebt sei, so rasch als möglich diese überaus wichtige Angelegenheit zu regeln. Mit großer Begeisterung begrüßt man es, daß der engere Ausschuß der städtischen Krankenhäuser-Deputation in einer Reihe von Sitzungen das Programm des Baues festgelegt hat. Da mit einem Male stellt sich diesem so notwendigen und humanen Institut ein eigenartliches Hindernis in den Weg: die Kirche, die angebliche Vertreterin der christlichen Nächstenliebe und Humanität weigert sich, die Abtretung des ihr gebührenden Teils des Geländes zu vollziehen, trotzdem der Magistrat sich bereit erklärt haben soll, einen dem jetzigen Werte entsprechenden Kaufpreis zu zahlen. Die Kirche des hiesigen Orts will aber mit dem ihr anvertrauten Pfunde wuchern. Sie hält sich mit den Schöneberger Millionenbauern, die ja auch für einen „entsprechenden“ Verkaufspreis ihres Kartoffelfelds sorgten, für gleichberechtigt. Was macht es aus, ob durch eine derartige Verzögerung der Erbauung des Krankenhauses das Elend und die Not der ärmeren Bevölkerung sich steigert, was schadet es, wenn Krankheiten, die bei rechtzeitiger Eingreifung wesentlich eingeschränkt werden können, ihre großen Opfer fordern? Hoffentlich scheuen die Behörden nicht vor dem notwendigen Mittel des Expropriationsverfahrens zurück.

Aus Rixdorf. In der Ruchfeder-Fabrik von Gustav Pohl in der Prinz-Gombertzstr. 24, Quergebäude 1 Treppe, entstand am Dienstagnachmittag dadurch Feuer, daß eine Arbeiterin flüssigen Rauschpulver versehentlich umwarf, mit Papier auswühlte und letzteres in den Herd fielen. Hier entzündete sich der Rauschpulver und entwickelte große Stiefhimmeln, welche der betreffenden Arbeiterin beide Hände schwer verbrannten. Die übrigen in dem betreffenden Raum beschäftigten 20 Arbeiterinnen gerieten beim Anblick des Feuers in Angst, daß sie zum Fenster hinaus auf das Dach eines Holzschuppens sprangen. Durch die Belastung brach das Dach zusammen und die Arbeiterinnen fielen in die Tiefe, blieben aber wie durch ein Wunder sämtlich unverletzt. Das Feuer wurde von Hausbewohnern bald gelöscht. — Vermutlich in den Tod gegangen ist der 50 Jahre alte Valer Friedrich Klabe, welcher hier Richardstr. 45 wohnt und seit ca. acht Tagen spurlos verschwunden ist. Wie er einem Freunde mitgeteilt hat, wollte er sich im Müggelsee ertränken, weil er durch Krankheit und Arbeitslosigkeit in Schulden geraten sei. Bisher hat man die Leiche des Unglücklichen jedoch nicht gefunden.

Totschlag. In das Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde gestern vormittag der 24-jährige Anwalt Scheinert aus Rixdorf, der unter dem schweren Verdacht des Totschlages in Hohen-Schönhausen verhaftet worden ist. In dem im alten Dorf Hohen-Schönhausen belegenen Restaurant von Schulz fand am Sonntag Tanz statt, an welchem sich auch der 27-jährige Gärtnergehilfe Albert Matthes beteiligte. In dem Lokal befanden sich auch die in Rixdorf bediensteten Anwaite Medlin und Scheinert, welcher letzterer ein Liebesverhältnis mit der Dienstmagd des Gärtners Wegner, eines Schwagers des Matthes, angestrichelt hatte. In voriger Woche wurden die beiden genannten Anwaite von Wegner auf seinem Grundstück angetroffen und von ihm und einem Rauscher Wegners vom Gehüft hingerührt. Die beiden hatten beschlossen, sich an dem Rauscher zu rächen und hielten den Matthes, der bei seinem Schwager in Stellung war und wohnte, für den Rauscher. Als sich M. am Montag früh gegen 1 Uhr nach Hause begeben wollte, folgten ihm die beiden Anwaite und griffen ihn in der Nähe des Wägen Grundstücks thätlich an. Ehe M. sich noch zuweilendigen vermochte, erhielt er einen Messerstich in den Hals, durch den die linke Schlagader durchschnitten wurde. Der Gärtnergehilfe erhielt einen Revolver und wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain überführt, verstarb dort aber kurz nach seiner Einlieferung. Als der Messerstecher wurde Scheinert ermittelt und in Haft genommen. Er ist, wie wir erfahren, wegen Messersicherei schon mit sechs Monaten Gefängnis vorbestraft.

Charlottenburg. Beim Stiftungsfest des hiesigen Wahlvereins am letzten Samstag in der Gambrius-Bräuerei ist ein goldenes Vincenz verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dasselbe beim Genossen Meyer in der Gambrius-Bräuerei abzugeben. Dasselbst ist auch ein gefundenes Taschentuch, gez. O., abzugeben.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher. (Zweizehung Berlin.) Donnerstag, den 1. November, abends 10 1/2 Uhr, bei Schiner, Rosenplatzstr. 27: Zusammenkunft.

